

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonntage und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volksmacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einseitige Zeile oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Insertions-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere
Anzeigen müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volksmacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 144.

Bielefeld, Donnerstag, 24. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Zur Lage

Schreibt uns unser Berliner Korrespondent: Zur zweiten Lesung des Erbschaftsteuergesetzes, die heute erfolgen soll, wird die sozialdemokratische Fraktion eine Reihe von Änderungsanträgen stellen. Ein Änderungsantrag zum § 9a verlangt, daß die Erbschaftsteuer 1 1/2 vom Hundert betragen und sich steigern soll, wenn der Wert des steuerpflichtigen Erwerbs den Betrag von 30 000 Mark übersteigt.

Der Steigerung soll folgende Skala zugrunde gelegt werden:

über	30 000 Mark	auf 1,75 vom Hundert,
über	50 000	2,00
„	75 000	2,25
„	100 000	2,50
„	150 000	2,75
„	200 000	3,00
„	300 000	3,25
„	400 000	3,50
„	500 000	3,75
„	600 000	4,00
„	700 000	4,25
„	800 000	4,50
„	900 000	4,75
„	1 000 000	5,00
„	1 100 000	5,10

und sofort, so daß bei je 100 000 Mark mehr der Steuerjah ein Beihilf vom Hundert steigt bis zum Höchstmaß von „wanzig vom Hundert.“

Ein anderer Antrag verlangt die Streichung des § 13 des heute geltenden Erbschaftsteuergesetzes, der die Landesfürsten von der Erbschaftsteuer befreit. Man kann gespannt sein, wie sich im Plenum die Polen zu diesem Antrag stellen werden. Bei der Beratung des Erbschaftsteuergesetzes im Jahre 1906 haben sie einem gleichen sozialdemokratischen Antrage zugestimmt, und ihr Vorsitzender hat damals eine sehr temperamentsvolle Rede gegen das Steuerprivileg der Landesfürsten gehalten. Das hinderte die politischen Kommissionsmitglieder indes nicht, in der Kommissionsberatung vom Dienstag gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Wie eine solche Haltung die freisinnigen, volksfreundlichen Polen ihren Wählern aus dem Volke gegenüber verantworten wollen, ist uns unverständlich. Sie beweist jedenfalls, daß die Polen sich vollständig im Schlepptau der schwarz-blauen Koalition befinden und dabei selbst die distanzierte Grundstimmung einer demokratischen Partei, als die die Polen sich sonst gern gerieren, aufgeben.

Das Schicksal des Erbschaftsteuergesetzes ist immer noch unbestimmt. Da von den Konservern einige Mitglieder dissentieren, Reichspartei und Wirtschaftliche Vereinigung aber mit den Liberalen geschlossen für die Erbschaftsteuer eintreten werden, dürfte auf ihre Annahme in der zweiten Lesung zu rechnen sein, unter der Voraussetzung, daß auch die Sozialdemokratie dafür stimmen wird. Damit ist aber die endgültige Entscheidung weder über die Erbschaftsteuer, noch über die Finanzreform im allgemeinen herbeigeführt. Die Situation bleibt daher bis zur dritten Lesung der Vorlage, die Ende der nächsten Woche erfolgen dürfte, unklar.

Eine offiziöse Ausschlusssache über die politische Lage.

Unter der Überschrift „Was nun?“ meldet die „Königliche Zeitung“ aus Berlin:

„Bei der konservativ-ultramontanen Taktik spielt Fürst Bülow eine epiphanische Rolle und man rechnet damit, daß er zur großen Freude des Zentrums zurücktreten und einem neuen Mann Platz machen werde, der ebenso wie der würdevolle gemachte Bundesrat sich dem neuen Block in die Arme werfen möchte. Unter dieser vom Zentrum mit großer Geduldlichkeit herbeigeführten Hypothese stehen heute die Konservativen, deren Haltung völlig unverständlich wäre, wenn sie nicht glaubten, auf diesem Wege schließlich durchbringen und ihre Vesteuerungspläne verwirklichen zu können. Diese Rechnung würde ohne den Wirt gemacht sein. Wenn der Bundesrat auf diesen Plan eingehen wollte, er könnte es nicht, denn wie würde sich praktisch die Lage gestalten, wenn heute Bülow durch den neuen Block gestürzt würde. Der Bundesrat wäre dann wie vor auf seine bisherige Stellungnahme festgelegt. Vor allem aber sei es die preussische Regierung, die nicht nur durch den Reichskanzler, sondern auch durch alle anderen Regierungsvertreter die wichtigsten Punkte im Finanzprogramm des schwarzen Blocks auf das entscheidendste bekämpft hat. Wenn die Konservativen in der zweiten und dritten Lesung sich nicht noch eines anderen Befehls, so wird sich für die Regierung folgende Lage ergeben: Unter keinen Umständen kann sie die Gesetzgebung des neuen Blocks annehmen, und sie wird dann vor die Wahl gestellt sein, ob sie den Reichstag bis zum nächsten Herbst vertagen und dann den ganzen Tanz von neuem aufnehmen will, oder ob sie trotz aller bisher geltend gemachten Bedenken zur Auflösung des Reichstages schreitet. Die Vertagung wäre sicherlich eine sehr schlechte Lösung, denn nicht nur würde durch sie dem Reiche die Notwendigkeit auferlegt, täglich 1 1/2 Millionen durch Anleihen aufzubringen, sondern der ganze schwere Kampf, in dem wir seit einem halben Jahre stehen, mühte von neuem aufgenommen werden. Die zweite Möglichkeit wäre die Auflösung des Reichstages. Man hat gegen sie eingewendet, daß eine Wahlkampagne mit der Plattform Neue Steuern schwer möglich sei und daß vor allem die Gefahr bestünde, daß die bei den letzten Wahlen wirklich zurückgedrängte Sozialdemokratie wieder in großer Zahl ihren Einzug in den Reichstag halten würde. Auch auf liberaler Seite werden diese Gründe nicht unterschätzt werden, aber es ist auch zu erwägen, daß, wenn heute die Sozialdemokratie mit unvertennbarer Aussicht auf Erfolge in die Wahlkampagne eintreten würde, dann noch die im Lande jetzt schon herrschende Erbitterung noch mehr gesteigert, oder gar, was wir allerdings für ausgeschlossen halten, der konservativ-liberalen Gesetzgebung die Möglichkeit gegeben würde, ihre verheerenden Wirkungen eine Zeitlang auszuüben. Dann würde die Sozialdemokratie eine Plattform besitzen, wie sie sie sich besser nicht wünschen könnte, und dann könnten wir allerdings ganz merkwürdiges erleben. Den Gründen, die gegen die Auflösung sprechen, stehen also auch andere gegenüber, die sie befürworten.“

In diesem Artikel ist zweifellos eine Drohung mit einer

Reichstagsauflösung vorhanden, die deshalb einen sehr energischen Eindruck macht, weil die Chancen einer Reichstagsauflösung sorgfältig und nüchtern abgewogen sind. Eine andere Frage ist, ob die Regierung wirklich die Absicht hat, den Reichstag event. aufzulösen, oder ob die Drohung nur einen an die Konservern gerichteten Einschüchterungsversuch darstellt, und ob die Konservern sich überhaupt beeinflussen lassen können, oder ob sie sich bereits dem Zentrum gegenüber gebunden haben.

Folgende Nachricht scheint uns noch wichtig:

Wie n. 23. Juni. Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ berichtet: „Wie heute abend verlautet, scheinen die Konferenzen der liberalen Parteiführer mit den Mitgliedern der Regierung nicht ohne Wirkung geblieben zu sein, und es wird berichtet, daß die Regierung, die bisher dem Gedanken einer Reichstagsauflösung ablehnend gegenüberstand, die Auflösung nunmehr ernstlich in Erwägung zu ziehen beginnt.“ — Nöthlich lautet eine Meldung aus München: „Wie von autoritativer Seite mitgeteilt wird, wird Bayern, das bisher mit Sachien und Baden im Bundesrat gegen die Auflösung des Reichstages war, nunmehr für die Auflösung des Reichstages stimmen, sobald die Frage zur Beratung stehen wird. Die Bundesstaaten sind jetzt entschlossen, in Sachen der Erbschaft- und Stotierungssteuer auf ihrem Standpunkt zu beharren.“

1849—1909.

Die Zeitungen sind voll von Erinnerungen an das bewegte Jahr 1849. Vor sechzig Jahren befand sich Deutschland in einer großen Krise; das Verfassungswort von Frankfurt a. M. in, das mit so großen Hoffnungen begonnen, stand vor seinem Untergang. Die konservativen und revolutionären Elemente in Deutschland hatten an verschiedenen Orten zu den Waffen gegriffen; in der Pfalz, in Baden, im Rheinland, in Dresden und in Breslau kam es zu blutigen Kämpfen. In dem Frankfurter Parlament, das sich als „Reichsversammlung“ nach Stuttgart zurückzog, hatte die Demokratie die Mehrheit erhalten und eine Reichsregentschaft gewählt; in Baden war der Demokratie die ganze Staatsmacht in die Hände gefallen. Aber diese Erhebungen, die vom Kleinbürgertum geleitet und von revolutionären Elementen aus dem Proletariat unterstützt wurden, konnten die mit neuem Eifer auftretenden Kräfte nicht aufhalten, die auch auf dem Schlachtfeld Sieger blieb und das ganze Verfassungswort, um ein Dichterwort von damals zu gebrauchen, mit Eisenstufen zertrat.

Die Verfassung, die von der bürgerlichen Demokratie noch solange als die allein rechtsgültige in Deutschland bezeichnet wurde, war gewiß nicht das, was man aus ihr hat machen wollen. Aber sie enthielt das allgemeine Wahlrecht, und Bismarck sagte nachher, er habe dies Wahlrecht von dem Tische genommen, wo es das Frankfurter Parlament haben liegen lassen, womit er dem Deutschen einreden wollte, es habe sich unter ihm wirklich erfüllt, was die Deutschen 1848 bis 1849 erreicht. Der schon forumpierte Liberalismus, der sich auf dieser Phrase, und die zahllosen Ueberläufer fanden darin die Entschuldigung ihrer Verräterei.

Die Reichsverfassung von 1849, die alle deutschen Vaterländer zu einem föderalistischen Staat mit einem konstitutionellen Ueberbau unter monarchischer Spitze zusammenfassen sollte, war sehr fehlerhaft veranlagt. Der Entwurf der Verfassung hatte die Deutschen von 1848 nicht so hoch getragen wie die Franzosen von 1789 bis 1791. So konnte unter der Verfassung von 1791, die das Einmännerrecht hatte, der König nur mit Genehmigung der Nationalversammlung Krieg erklären und Frieden schließen; auch stand ihm nur ein ausgiebiges Dato durch zwei Legislaturperioden zu. Fast die Veranlagung zum dritten Male den gleichen Versuch, gegen den das Veto eingelegt war, so galt der Verfassung als Gesetz. Die Reichsverfassung von 1849 hatte ein Zweikammerrecht, Staatenhaus und Volkshaus; das erstere wurde zur Hälfte von den Landesverordnungen ernannt, zur Hälfte von den Regierungen ernannt. So war es kaum zu vermeiden, daß die Staatenhaus aus Reaktionskräften zusammengesetzt wurde. Ohne seine Zustimmung blieben aber die Beschlüsse des Volkshauses unverbindlich. Der erste Kaiser hatte das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen.

Diese Verfassung wurde schon 1849 von der entschiedenen Demokratie verworfen; eines ihrer Hauptziele, sie sei ein launiges Machwerk, für das er keinen Arm erhebe. Ebenso entschieden wurde sie aber auch von den konservativen und reaktionären Elementen verworfen, und namentlich vom König von Preußen, der bekanntlich an Bismarck schrieb, die ihm vom Frankfurter Parlament angetragene Krone sei „ein imaginärer Reif, aus Dred und Leiten gebildet“, an dem der „Landergeruch der Revolution“ haften.

Diese Verfassung genügte jedoch nur den Mittelparteien, der liberalen Bourgeoisie und dem halbdemokratischen Kleinbürgertum, das sie bei den Erhebungen als Banner vor sich hertrug und sich damit einen „Reichsboden“ zu schaffen suchte, der aber von den Reaktionskräften nicht respektiert wurde. „Auch der konterrevolutionäre Boden ist revolutionär“, schrieb damals Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“.

Dennoch beteiligten sich die revolutionären Elemente an den Verfassungsaufständen. Sie hofften, die Bewegung werde über diese Verfassung hinausgehen. Aber es wirkte dabei auch die Erkenntnis mit, daß mit dieser Verfassung, so mangelhaft sie an sich war, doch für das deutsche Volk eine neue Position gewonnen sei, in der man sich befestigen könne und von wo aus man die Bahn zu besseren Zuständen brechen könne. Die bürgerlichen Rechte und Freiheiten des allgemeinen gleichen Wahlrechts waren in dieser Verfassung garantiert, und darin allein war schon ein bedeutender Fortschritt gegen die vormärzlichen Zustände enthalten. Die Arbeiter namentlich hätten ein vollständiges Koalitionsrecht vorgefunden, das „durch keine vorübergehende Maßregel beschränkt werden sollte“, wie es in der Verfassung hieß. Die persönlichen Rechte waren durch die Polizei gegenüber, ähnlich wie in der englischen habeas corpus-Akte. Die Schule war von der Geistlichkeit befreit und die Zivildienst obligatorisch gemacht.

Deutschland wäre dem Besitze dieser Verfassung ein bürgerliches Staatswesen nach dem Muster Englands geworden. Die Junkerherrschaft von heute wäre unmöglich gewesen. Die Reichsregierung von 1849 sollte die feudalen Ueberreste vollkommen hinweglegen. Alle Feudalabgaben waren abgeschafft,

so wie der Adel selbst mit allen seinen Privilegien, desgleichen die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei. Die Familienfideikommiss waren aufgehoben. In Artikel 184 der Verfassung hieß es:

„Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter; b) die selbständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, unter gleichem geordneter Aufsicht des Staates; c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushalts; d) Öffentlichkeit der Verhandlungen als Regel.“

Nach § 185 sollte jedes Grundstück einem Gemeindeverband angehören.

Damit war der Feudalstaat aus der Welt geschafft; seine Reste, die heute noch vorhanden sind, es ja, die das Junkerregiment ermöglichen. Die 15 000 Gutsbezirke in Preußen, die keine Gemeindevertretung haben und die eine Hauptgrundlage für die Macht des Junkertums bilden, wären damit unmöglich gewesen.

Aber eine Verfassung hat wenig Wert, wenn sie nur auf dem Papier steht; sie muß, wenn sie etwas bedeuten soll, in den tatsächlichen Verhältnissen wurzeln. So mußte diese Verfassung von den Schultern eines freisinnigen, starken Bürgertums getragen und weiter entwickelt werden. Aber nachdem dieses Bürgertum im Parlament und auf dem Schlachtfeld gegen das Junkertum unterlegen, konnte diese Verfassung keine Zukunft mehr haben. Die letzten Anstrengungen des Liberalismus im preussischen Abgeordnetenhaus waren vergeblich; es ward kaum für Bismarck, der die äußerliche Einheit herstellte, zugleich aber auch die Reste des Feudalismus befestigte und seiner Klasse ihre politische Macht und ihren Gewinn sicherte.

Diese Vergangenheit lehrt uns, daß der Liberalismus und das demokratische Bürgertum schon vor sechzig Jahren definitiv unterlegen sind und daß sie keine Zukunft mehr haben. Die Umgestaltungen der Zukunft werden sich außerhalb des Bereichs dieser Klasse vollziehen. Die politische Macht muß nach der gegenwärtigen Entwicklung der Dinge der Arbeiterklasse zufließen.

Schule und Industriestaat.

Wir entnehmen der „Kommunalen Praxis“:

Es ist besonders anziehend, zu beobachten, wie der Gedankengang des Sozialismus Schritt für Schritt und in den verschiedensten Formen, aber unaufhaltsam, die Köpfe denkender und warmherziger Politiker auch im bürgerlichen Lager in Besitz nimmt. Während auf der einen Seite die Träger des Kapitalismus die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Umgestaltung der alten, unorganisierten, kleinbürgerlichen Wirtschaft zur umfassenden Organisation der sozialistischen Produktionsweise schaffen, stellen fortgeschrittene sozialpolitische Forderungen auf und arbeiten Systeme aus, die im Grunde nichts anderes sind als die Vorwegnahme oder die nähere Ausführung sozialistischer Gesellschaftsinstitutionen. Ein Beispiel für diese Durchdringung mit sozialistischen Gedankenkreisen bietet ein als „utopistisch“ bezeichnetes, aber völlig ernst gemeintes und ernst zu nehmendes Programm, das der Sozialhygieniker und Sozialpolitiker Prof. Dr. Max Fleck vor kurzem unter dem Titel: Schule und Industriestaat in den „Süddeutschen Monatsheften“ veröffentlicht hat.

Zutreffend bezeichnet er als das Ziel der Schule: in der Heranbildung der Jugend das zu ergänzen, was die Eltern unter dem Druck der Erwerbsarbeit und aus Mangel an Kenntnissen und Mitteln nicht leisten können. Da dieser Druck heute, namentlich infolge der wachsenden Finanznotlage der Frau von der Erwerbstätigkeit so stark ist, daß das Haus auf dem Gebiete der Erziehung wie der ausreichenden materiellen Fürsorge verläßt, so muß hier die Gesellschaft eintreten. „Die Unterrichtsschule muß zur Erziehungsschule werden.“ Das soll Hand in Hand gehen mit einer Ueberwindung der Dauer der Erwerbsarbeit in Fabrik und Hausindustrie auf ein Maß, das noch eine erhebliche Tätigkeit der Eltern möglich macht. Während der Beschäftigung der Eltern aber soll die Schule eintreten. Dieser wachsen damit eine Reihe Aufgaben zu, die bisher dem Elternhause oblagen, vom ihm aber teils gar nicht, teils nur in unzulänglicher Weise erfüllt werden konnten. Die Abnahme der von der Schule zu leistenden Aufgaben auf die Dauer des Arbeitstages der Proletarierfrau ist das Wesentliche der Anpassung der Schule an das Familienleben der Industriearbeiterbevölkerung. Sind erst einmal Schule und Arbeitszeit im Einklange, so entwickelt sich das weitere Programm fast automatisch. Die Aufgabe ist dann Ueberwachung, Ernährung und hygienische Versorgung der Kinder in der vom eigentlichen Schulunterricht freien Zeit während der beruflichen Abwesenheit der Eltern.

Die Ueberwachung soll sich auf alles erstrecken, was zur Erreichung des Lernzweckes außerhalb der Lehrstunden erforderlich ist. Dahin gehören neben der Beaufsichtigung der Schularbeiten, zu der die Familie, auch die nichtproletarische, immer weniger in der Lage ist, auch die ebenmäßige dem Unterricht fürs Leben wie die Förderung der Gesundheit dienenden Beschäftigungen mit Handarbeit, bei gutem Wetter im Freien, und Haushaltungskunde. Ferner planmäßig betriebene Wanderungen und Turnspiele, Schwimmen und Schlittschuhlaufen u. m., nach Art dessen, was heute schon in vorbildlicher Weise, aber nur für die Kinder der Besitzenden, in den Landerziehungsheimen geboten wird.

Eine notwendige Folge dieser auf den größten Teil des Tages ausgedehnten Unterrichts- und Beschäftigungszeit (Fleck rechnet 65 Stunden wöchentlich) muß die Verringerung der notwendigen Arbeitszeiten sein. Was bisher in beschränktem Umfang (Frühstück oder Mittagsmahlzeit für bedürftige Kinder, Verpflegung in Walschulen u. a.) da und dort gewährt wird, das soll gemeinsame Einrichtung für alle Schulkinder werden. „Es steht das für uns mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel auf einer Stufe.“

Auch die gesundheitliche Ueberwachung im engeren Sinne könnte von solchen Schulen natürlich in ganz anderer Weise geleistet werden als von dem heutigen, insbesondere dem proletarischen Elternhause. Die Tätigkeit des Schularztes fände so erst Ergänzung, die sie fruchtbar machte. „Denn ist der Schularzt nur zu oft nicht imstande, seine Beobachtungen nutzbar zu machen. Allenfalls entzieht sich eine Mutter auf seine Ermahnung zu einem oder zwei Gängen in die Poliklinik. Eine konsequente, Monate erfordernde Behand-

Krieg bei Schwerhörigkeit oder Rückgratverkrümmungen durch-
führen zu lassen, fehlt ihr aber die Zeit, die sie durch Lohnausfall
für veräumelte Arbeitsstunden ersetzen müßte. Die andere,
wenn die Schule selbst es übernehmen muß, Kinder, welche einer
gleichartigen Behandlung bedürfen, truppweise dem Schularzt,
dem Orthopäden auszuführen.

Die Hauptbeschwerde für die Durchführung eines so um-
fassenden und groß angelegten Systems liegt natürlich in der
leibigen Geldfrage. Es wären Mittel zu beschaffen für etwa
die dreifache Zahl von Lehrern und Schülern. Denn die
Verlangung natürlich auch die Begrenzung der Schülerzahl auf ein
Maß, das wirklich einen geordneten Unterricht zuläßt, das heißt
auf 25-30 Schüler für einen Lehrer. Das ergäbe etwa die
Verdoppelung von Lehrkräften und Schülern. Dazu kämen
die in Folge der Erweiterung der Erziehungs- und Versorgungsaufgaben (auch in den Schulferien) erforderlichen Aufsichtspersonen und Räumlichkeiten. Schließlich die Verpflegung.

Gleich schließt vor, daß die Gemeinden die Mehraufwendungen
für die Gebäude übernehmen; auch dann würden ihre Auf-
wendungen auf den Kopf des Volksschülers noch geringer sein
als die für den „höheren“ Schüler, und daß der Mehrbedarf
gedeckt werde durch eine nach Art der Sozialversicherung ein-
gerichtete Schulversicherung. Er nimmt an, daß die Kosten der
Schulverpflegung sich, infolge des einzurichtenden Groß-
betriebes, kaum höher stellen würden als die der heutigen
Krankenversicherung. Das müßten wir doch bezweifeln. Sehr
zutreffend ist aber seine Meinung, daß die hier entstehende Be-
lastung leichter zu tragen sein würde, als die für die Arbeiter-
versicherung vom Arbeiter aufzubringenden Beiträge. Denn
bei dieser handelt es sich in der Hauptsache um neue Mühen
vom Lohne, da für die Notfälle des Lebens die Arbeiterkraft
vorher nahezu keine Aufwendungen zu machen in der Lage war.
Die Speisung der Kinder in der Schule aber würde sofort merkbare
und erhebliche Erleichterungen des Familienaufwandes
mit sich bringen, so unzureichend auch infolge des Mangels an
Mitteln und der Zersplitterung der Hauswirtschaft das Ge-
leistete heute ist.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Kerze und Reichsversicherungsordnung. Der Widerstand
der Klassenärzte gegen die neue Reichsversicherungsordnung
wächst von Tag zu Tag. Nachdem bereits Kerze-Organisationen
aus den verschiedenen Teilen des Reiches ihre ablehnende
Haltung gegenüber dem Regierungsentwurf zum Ausdruck ge-
bracht haben, sind auch die Berliner Kerze ihrer bisherigen
Anstalt untrennbar geworden. Der Berliner Kerzeverein und
der Geschäftsausgleichs-Berliner ärztlicher Standesverein haben
sich beschließen, ihre Mitglieder aufzufordern, noch vor dem
nächsten Ratstag die Erklärung des Leipziger Verbandes zu
unterzeichnen. Diese Erklärung lautet, daß, wenn die Klassen-
arztbestimmungen des Entwurfs Gesetz werden, keine Klassen-
arztstellen mehr angenommen werden. Die Klassenmitglieder
sollen dann wie jeder Privatpatient behandelt werden.

Der Ertrag eines Luxusgutes. Die Nulllosigkeit der Luxus-
steuer konnte man bisher aus der Handelsstatistik nachweisen.
Man hat nämlich für Luxusgüter, also solche Waren, deren
Preis auf mehr als 2500 Mk. pro Stück angegeben wird, einen
Umsatz von 360 Mk. eingekauft, während für billigere Waren
Umsätze von 10 bis 120 Mk. erhoben werden. Der Ver-
kauf von Luxusgütern sollte getroffen werden. Nun ging aber
aus der Handelsstatistik hervor, daß seit dem 1. März 1906, also
seit dem Zeitpunkt, wo dieser Luxussteuergesetz gilt, bis zum 30. April
1909 von reichlich 350 000 eingeführten Waren 155 Stück für
360 Mk. verkauft sind. Während in dem Aprilheft der monat-
lichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands noch
die Zahl der eingeführten Luxusgüter mitgeteilt war, enthält
das jetzt zur Ausgabe gelangte Heft keine derartige An-
gaben mehr. Hat man dem Kaiserl. Statistischen Amt einen
Hinweis gegeben, daß es nicht mehr solche Zahlen zur Kritik der
Luxussteuer nennen soll? Oder ist man zu der Erkenntnis ge-
kommen, daß durch derartige Mitteilungen der ganze Ertrag der
Luxussteuer für Druckerlohn ausgegeben werden muß?

Aus dem Reichstag.

Finanzkommission. Die Beratung der neuen
Stempelsteuer wurde begonnen mit den Stempeln bei Grund-
stücksübertragungen. Nach der Vorlage soll bei der Beurkun-
dung der Übertragungen ein Grundsteuerelement — ebenso bei Kauf-
und Tauschverträgen — ein Drittel v. H. als Stempelgebühr
entrichtet werden. Die Konservativen haben dazu beantragt,
den Satz von 1/3 auf 1/4 zu erhöhen und keine Stempelsteuer zu
erheben, und der Wert des Grundstückes, falls es bebaut ist, seinen
höheren Wert als 5000 Mark hat.

Diese Anträge wurden mit 16 gegen 12 Stimmen angenom-
men, mit dem gleichen Stimmenverhältnis auch der ganze Vor-
schlag des Gesetzes. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen, weil
es sich nicht um eine Besitzsteuer, sondern um eine Verkehrs-
steuer handelt.

Mit dieser Modifikation wurde sodann die Regierungsvor-
lage angenommen.

Es folgt die Beratung des Wechselstempels. Nach der Re-
gierungsvorlage sollten alle Wechsel, die über 3 Monate laufen,
nodamals zur Wechselstempelsteuer herangezogen werden. Der
Ertrag dieser Steuer wurde auf 7 bis 8 Millionen Mark be-
rechnet. Schließlich beantragte der Abg. Müller-Budla, der
nodamals Wechselstempelsteuer nur solche Wechsel zu unterwerfen,
die auf eine längere Zeit als auf 6 Monate laufen. Nach heftiger
Debatte wurde dieser Antrag angenommen, und dann
auch die so veränderte Regierungsvorlage. Der Ertrag aus der
Wechselstempelsteuer wird in der neuen Fassung auf 800 000
Mark berechnet, und es ist wahrscheinlich, daß die Regierung
unter solchen Umständen auf dieses Gesetz verzichtet.

Ein Konservativer über die Erbschaftsteuer.

Die Konservativen behaupten bekanntlich, eine Erbschafts-
steuer auf Kinder und Ehegatten zerstöre den Familiensinn, zer-
störe das Staatsgefühl, stehe in höchstem Maße im Widerspruch
mit den konservativen Prinzipien. Da ist es doch ganz inter-
essant, einmal auf ein noch gar nicht so altes Buch hinzuweisen,
das uns gerade in die Hände fällt und das einen unbestreitbar
konservativen Autor zum Verfasser hat, ein Buch, in dem eine
hohe Erbschaftsteuer, auch für Kinder, geradezu aus der streng-
konservativen Weltanschauung heraus begründet und verlangt
wird. Wir meinen das neueste vielgenannte Buch „Reform
oder Revolution?“ vom Geheimen Regierungsrat C. v. Mas-
sow. Wir finden in diesem 1895 erschienenen Buch eines durch-
aus konservativen Politikers einige sehr beachtenswerte Stellen.

Masow verlangt hohe progressive Einkommensteuern aus
seiner Abneigung gegen das mobile Kapital heraus, in dem er
in seinem unkonserватiven Sinn einen Feind erklärt, und sagt
dann zur Frage der Erbschaftsteuer:

„Mit dem Tode hört das Eigentumsrecht des Menschen tat-
sächlich auf. Er ist nicht mehr da, und daher kann er auch keine
Rechte haben. Da er über seinen Nachlaß verfügen kann, ist dem
Naturrecht gegenüber eine Anomalie, eine Fiktion, also ist es
eine Vergünstigung, welche ihm die Gesellschaft, der Staat zu-
erkennt. Weil es aber eine Vergünstigung ist, kann die Gesell-
schaft die benötigte Grenze ziehen, sie kann das nicht nur, rein
sie muß es tun, wenn die volle Ausübung der Vergünstigung
für die Gesellschaft selbst, Schaden zufügt.“

Masow erzählt dann einen Fall, wo ein Vater jedem seiner
Kinder sieben Millionen Mark hinterließ, und fragt: „Kann
man ein solches Vermögen als einen angemessenen Arbeitslohn
auch des fleißigsten Lebens ansehen?“ Er beantwortet seine
Frage selbst wie folgt:

„Die Reben von sieben Millionen verbraucht keines der

Kinder, die ererbten Rinsen werden wieder angelegt und ziehen
neue Rinsen aus dem Lande (!) Ja, wenn wir reich wären,
wenn jeder sein gutes Auskommen hätte, so brauchen wir uns
nicht darum zu kümmern, ob es große Vermögen gäbe, wir
könnten solche Einkünfte ihrem Besitzer zuzahlen (!) ... Aber
wir sind arm, bettelarm, das Reich, der Staat, die Kommune,
ganze Erwerbstätige stecken in Schulden, wissen kaum noch, wie
sie die Rinsen aufbringen sollen, müssen die allerersten
Ausgaben einschränken, auf die Ausführung von großen, drin-
gend gebotenen kulturellen Aufgaben verzichten. Und da soll die
Gesellschaft nicht das Recht haben zu sagen: Mit dem Tode hört
das Eigentumsrecht auf, die Vergünstigung, die ich seiner Fort-
dauer gebe, muß ihre Grenzen haben.“

Herr v. Masow trat also hier aus streng konservativ-
antikapitalistischer Gesinnung heraus für eine ganz weitgehende
Erbschaftsteuer ein: Jedem der oben erwähnten Kinder will er
nur eine Million bewilligen, die übrigen sechs will er „für
die Gesamtheit verwenden“. Herr v. Masow ist hier ein Revo-
lutionär im Vergleich zu der jetzigen Regierungsvorlage, die von
seinen Gesinnungsgenossen ihrerseits als Eintrittskarte zum so-
zialdemokratischen Zukunftsstaate verworfen wird! Wer hat
nun den echten konservativen Ring — die Westart und Rösche,
die die Erbschaftsteuer als „antikonserbativ“ und „familien-
zerstörend“ bis aufs Messer bekämpfen, oder der brave Regie-
rungsrat v. Masow, der die Besteuerung der Erbschaften als
konservative Tat empfängt? Vielleicht gibt man in der Finanz-
kommission des Reichstages auf diese interessante Frage Aus-
kunft!

Freisinn und Volksrechte.

Die Freisinnigen im Königreich Sachsen haben für die im
Herbst vorzunehmenden Landtagswahlen einen Wahlausflug er-
lassen. Sie gebären sich darin ziemlich radikal. Dies ist für
die freisinnigen Herren um so leichter, als sie ja dabei nicht viel
riskieren. In dem Aufruf wird verkiündet, daß die Freisinnige
Volkspartei, getreu ihrem Grundsatze, Alles für das Gemein-
wohl! weiter kämpfen wird für die Wohlfahrt und den kul-
turellen Fortschritt, für die Rechte und Freiheit des Volkes!

Uns interessiert das letztere am allermeisten. In den Rechten
und Freiheiten des Volkes gehört doch auch das allgemeine,
gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. In allen Gemeinden,
in denen die Freisinnigen die Mehrheit haben, scheinen aber
andere Grundätze zu gelten, denn hier verstoßen die Freisinnigen
gegen die Rechte des Volkes, indem sie kein Mittel un-
versucht lassen, um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts
zu verhindern. Auch im preussischen und sächsischen Landtag
hat man nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe,
Veranlassung genommen, ein etwas freieres Wahlrecht zu be-
tragen. Darum hört es sich auch wie eine Verhöhnung der
Arbeiterklasse an, wenn der Aufruf sagt:

„Die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei haben gegen
das neue Wahlrecht gestimmt, weil es die Arbeiterklasse und weite
Kreise des Mittelstandes durch das unterschiedliche Stimmrecht
als minderwertig für das Staatswohl amlich bezeichnen. Nahezu
75 Prozent der Landtagswähler sind von der Stimmen-Privi-
legierung ausgeschlossen! Wie und nimmer konnten die Ver-
treter der Freisinnigen Volkspartei einem Geleize zustimmen,
das das Volk nach Höhe des Einkommens und Besitzes in vier
Klassen teilt und danach diesen Wählern eine vierfach ver-
schiedene politische Wertung zufließt. Tausende hochachtbarer
Männer des Mittelstandes in Stadt und Land erscheinen nach
einem solchen Wahlrechte ihren besser situierten Standeskollegen
gegenüber politisch entrechtet. Tausende von vaterländisch ge-
fühlten Arbeitern können nur das Wahlrecht mit einer Stimme
ausüben! Wir fordern nach wie vor das allgemeine, gleiche,
gemeine und direkte Wahlrecht und Angliederung des Pro-
portionalwahlrechts. Weiter erheben wir unsere alte Forderung
nach einer gleichmäßigen gerechten Einteilung der Wahlkreise
unter Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land;
Vollziehung der Wahlen am Sonntag.“

Der Berliner Rathausfreisinn beschäftigt sich schon seit
langem mit einem Antrage unserer Genossen, eine Neueinteilung
der Stadtbezirke, Wahlbezirke für die dritte Wahlteilung vor-
zunehmen. Lange Zeit hörte man nichts von den Arbeiten des
freisinnigen Magistrats. Jetzt wird gemeldet, daß zurzeit von
einer Neueinteilung Abstand genommen wird und die Angelegen-
heit unter Zugrundelegung der Wählerlisten für 1910 von neuem
in Erwägung gezogen werden soll.

Wenn es den Freisinnigen wirklich ernst wäre mit ihren
„Grundätzen“, dann dürfte zwischen ihren Worten und Taten
kein Unterschied bestehen.

Rußland.

R. K. Die Cholera. Aus Petersburg schreibt man uns
vom 20. Juni:

Mit der Cholera geht es wieder rapide vorwärts. Noch vor
etwa zwei Wochen hatte man im ganzen zwei Cholerakranke in
den Krankenhäusern gezählt; viele Tage vergingen, da überhau-
pt kein neuer Fall gemeldet wurde, und schon steigt die Zahl der
täglich Eingekommenen bis auf 53, so daß heute insgesamt 170
Choleraopfer in den Krankenhäusern liegen. Die Stadtverwal-
tung hat bereits wiederum als Ergänzungskredit
277 410 Rubel für die Unterhaltung der Kranken und 180 000
Rubel für familiäre Maßnahmen gewährt. Ueberhaupt herrscht
jetzt von neuem eine fieberhafte Regsamkeit zur Bekämpfung der
Choleraepidemie, das gesamte medizinische Personal hat auf je-
den Urlaub verzichtet, und überall beginnen die üblichen Vor-
sichtsmassregeln wieder aufgenommen zu werden. Nur fragt
man sich mit Recht, ob die Stadtverwaltung nicht viele sanitäre
Maßnahmen verabsäumt hat. Vorwürfe dieser Art bekam der
Bürgermeister Meschum vom Vorstehenden der sanitären Kom-
mission Gubert in der letzten Stadtverordnetenversammlung zu hören:
„so warf er ihm die Verschulung an den Kopf, daß alle vor über
einem Monat gestellten dringlichen Vorschläge für den Kampf mit
der Cholera von ihm vernachlässigt worden seien, worauf
Meschum heftig opponierte, und es entstand ein großer Skandal.“
Der Skandal draußen ist aber noch ganz anderer Art: dank der
unerhörten antisanitären Verwaltung Petersburgs hat bis jetzt die
Epidemie hier insgesamt 10 632 getroffen, von denen 4090 ge-
storben sind.

Rußland und die Armenier. Kürzlich erfuhr der armenische
Batriarch den Zaren, das Protektorat über die Armenier in
der Türkei zu übernehmen. Ein derartiger Schritt erscheint
unglaublich angesichts der Behandlung der Armenier im russi-
schen Kaukasusgebiet. Der „Kölnischen Zeitung“ geht von Ar-
menien ein Brief zu, der diese Verhältnisse eingehend schildert.
Es heißt darin:

„Die Verwaltung im Kaukasus will alle früheren Maßnah-
men und Brautameisen, die im Gedächtnis der Bevölkerung
noch frisch eingegraben sind, überstreifen. Ihre Opfer sind dies-
mal ausschließlich die Armenier. Die Gendarmen und Kolonisten
ziehen durch das ganze Land herum und werfen die besten des
Volkes in die Gefängnisse. Dabei macht man keinen Unter-
schied. Es werden die Lehrer und Oberlehrer, die Pastoren und
Inspektoren weggeschleppt. Es werden Schüler verhaftet, große
Unternehmer aus ihren Firmen und Geschäften weggenommen,
jogar Frauen und Kinder eingesperrt. Alle Gefängnisse im
Land sind schon überfüllt. Eilig baut man neue Gefängnisse
— als ob es eine Sorge für die Bildung und Kultur des Landes
sei. Das Gefängnis in Erivan hat nur Raum für 180 Per-
sonen, es sitzen aber jetzt 520 Männer darin und täglich kommen
neue hinzu. In den Gefängnissen der Städte Schufla, Tiflis,
Baku gibt es keinen Platz mehr, dennoch flutet der Strom der
Gefangenen weiter. Und weshalb dies alles, warum? Worin
hat das sündige, arbeitssame, nach Kultur strebende Volk gesündigt?
Niemand vermag im Lande diese Frage irgendwie zu be-
antworten, noch weniger außerhalb des Landes. Um ein un-
abhängiges Bild davon zu geben, was die Verwaltung im Lande
treibt, sei die Depesche der armenischen Bevölkerung der Stadt
Baku an den Reichsdumaabgeordneten Sagatelian mitgeteilt:
„Die fortwährenden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen im gan-

zen Transkaukasus in den armenischen Kreisen — sind schon
zur nationalen Katastrophe und zum nationalen Unglück ge-
worden. Man verfolgt besonders die besten der Nation: Männer
freier Berufe, öffentliche Beamten, große Unternehmer sind
Opfer der Verhörden. Obwohl die Hausdurchsuchungen in der Regel
ohne Erfolg sind, so werden dennoch die Leute verhaftet und
ohne gerichtliche oder sogar administrative Untersuchung mo-
natelang in Haft gehalten oder nach Nowosibirsk geführt.
In den Gefängnissen benimmt sich die Polizei sehr hart gegen
die Gefangenen und beleidigt die Verhafteten. Allenfalls, von
dem ganzen Lande hochgeachtete Männer werden durch die leb-
haftesten Strahlen bei hellem Tage ins Gefängnis geschleppt.
Der eine Teil der Bevölkerung ist terrorisiert, erschrocken und
gedrückt, in dem anderen aber wächst unwillkürlich Born und
Unruhe.“

Die drei besten Dichter des armenischen Volkes büßen jetzt
nicht begangene Sünden. Es ist gar keine Ueberreibung, wenn
wir sagen, daß durch das unerhörte Treiben der russischen
Polizei im Kaukasus das ganze Land der denkenden Köpfe be-
raubt wird. Jede Nummer im Lande erscheinender Zeitungen
kann davon Zeugnis ablegen.

Kommunales.

Zum Rumbrecht Gemeindefonflikt schreibt die „Frankfurter
Zeitung“: „Nachdem von sozialdemokratischer Seite gegen die
Entscheidung der preussischen Kreisregierung Beschwerde einge-
gangen ist, wird die hiesige (bayerische) Regierung zu der Frage,
ob Sozialdemokraten Gemeindefonflikte betreiben dürfen oder nicht,
Stellung nehmen. Bei der prinzipiell wichtigen Bedeutung
dieser Angelegenheit wird der Protest nicht durch Ressort-
minister, den Minister des Innern Herrn v. Breitenbach ent-
scheidend behandelt werden. Innern durch den Staatsrat und
wahrscheinlich schon in aller nächster Zeit.“

Die bürgerliche Einheit im sozialistischen Gemeindefon-
flikt von München i. G. ist in der letzten Gemeindefonfliktung be-
rathen in die Brüche gegangen, daß die demokratische Fraktion mit
ihrem Beigeordneten Rechtsanwalt Dieb an der Spitze eine
unter Ausschluß der Presse abgehaltene Geheimversammlung
nach Ablehnung ihres Antrages auf Zulassung der Presse ab-
brach und den Sitzungssaal verließ. Wie jetzt bekannt wird,
zeigte sich in dieser Geheimhaltung die Mehrheit des Gemeindefon-
rates, Zentrum und Liberale, geneigt, das jetzt 22 000 Mark
betragende Jahresgehalt des Direktors der städtischen Elektrizi-
tätswerke auf 32 000 Mk. zu erhöhen, wogegen die Demokraten
mit dem Hinweis auf die im Zeichen der Sparpolitik erfolgte
Wahl Einspruch erhoben. Gegen die Heilmittelerei mit solchen
Angelegenheiten protestiert auch die liberale Lokalpresse mit
Worten, die alles andere als respektvoll sind.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 24. Juni.

— Bielefelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau
wird uns geschrieben: Heute am Johannisstage kommt Suder-
mann wieder einmal zu Wort. Sein eindringliches, kraftvoll
paddendes Schauspiel „Johannisfeuer“ kommt neu ein-
studiert zur Aufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt
die Damen Annelies Helsen und Käthe Mallinckrodt und die
Herren Walter Neumann und Fritz Graumann.

— Das gesamte städtische Orchester veranstaltet am Freitag,
25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, das 15. Abonnementkonzert der
Schubertgesellschaft auf dem Johannisberge. Vorverkaufskarten
haben nur für Mitglieder Gültigkeit.

e. v. Vorlicht beim Öffnen der Türe! Der Arbeiter
L. aus Brackweide war dadurch zu Tode gekommen, daß er
auf der Station Brackweide aus dem Zuge fiel. Seine Witwe,
die den Eisenbahnstus für die Folgen dieses Unfalls haftbar
machte, behauptete, als der Zug in Brackweide angekommen
sei, sei trotz ihres Rufens und Klopfens kein Schaffner gekom-
men, um die Türe zu öffnen. Daher habe ihr verunglückter
Mann selbst versucht, die Türe zu öffnen, was ihm jedoch nicht
gelingen sei. Als sich dann der Zug wieder in Bewegung setzte,
habe sich plötzlich die Türe von selbst geöffnet und ihr Mann,
der noch an der Türe gestanden, sei herausgefallen. Der Tür-
verschluß sei also mangelhaft gewesen und daher habe der Stus
wegen eigenen Verschuldens für den Unfall. Außerdem habe
der Zug nicht fahrplanmäßig eine Minute in Brackweide ge-
halten, sondern kürzere Zeit. — Das Landgericht Hannover
wies die Klägerin ab. Aus der Beweisaufnahme ergebe sich,
daß der Verschluß der äußeren Türlinie, während der Zug
jeden wieder in Bewegung war, niedergedrückt habe, die Türe
jedoch nicht habe öffnen können. Kurz nachher öffnete sich die
Türe plötzlich und der Verunglückte, der noch an der Türe lebte,
fiel heraus. Er habe also versucht, den Zug in der Bewegung
zu verlassen, und hierin liege eigenes Verschulden; denn wer es
unternehme, einen fahrenden Zug zu verlassen, müsse selbst die
Folgen tragen und zwar auch dann, wenn die Türe sich in einem
nicht erwarteten Augenblicke öffne, denn daß die Türe sich öffne,
sei seine Absicht. Ob der Zug weniger wie eine Minute ge-
halten und ein Schaffner nicht zur Stelle war, lieg das Gericht
dahingestellt. — Die gegen dies Urteil von der Klägerin ein-
gelegte Berufung wurde vom Oberlandesgericht Gelle zurück-
gewiesen. Es sei in Betracht zu ziehen, ob das Verhalten des
Verunglückten allein oder in Verbindung mit einem als Folge
der Betriebsgefahr anzusehenden Umstände den schädigenden
Erfolg herbeigeführt habe. Als solche Umstände lämen hier in Be-
tracht: der verhältnismäßig kurze Aufenthalt und die Schwierig-
keit, die für einen Unbefahrenen nicht einfache Schließvorrich-
tung zu öffnen, sowie die durch diese beiden Umstände hervor-
gerufene Aufregung darüber, daß das Verlassen des Zuges nicht
mehr rechtzeitig erfolgen könne. Diesen der Betriebsgefahr zu-
zurechnenden Umständen stehe jedoch ein Verhalten des Ver-
unglückten gegenüber, das die Betriebsgefahr als Ursache ver-
drängt zurücktreten lasse, daß sie auf die Bemessung der Ent-
schädigungssumme nicht von Einfluß sein könne. Er habe ver-
sucht, während der Fahrt die Türe zu öffnen, habe also die Vor-
bedingung für den Unfall geschaffen. Das plötzliche Aufgehen
der Türe allein habe ferner den Abwurf nicht herbeigeführt kön-
nen, wenn sich der Verunglückte nicht, entgegen aller Vorsicht
und Ueberlegung, ohne Halt an die Türe gelehnt hätte. Es sei
zugunsten des, wenn er während des Haltens durch die er-
forderliche Eile beim Aussteigen zu Falle gekommen wäre, aber
wenn der Abwurf auf der Station im Zusammenhang mit der
Schließvorrichtung erfolgt wäre, vielleicht ein Schadenerschafts-
anspruch bestehen würde. Wenn auch der Zug weniger Zeit wie
eine Minute gehalten habe, so wäre unter den vorliegenden Um-
ständen eine Differenz von einigen Sekunden sicher nicht von
Einfluß gewesen. (Nachdruck verboten.)

Versammlungen

Freitag, 25. Juni.

Brackweide. Soa. Verein. Abends 8 1/2 Uhr bei Schröder.

Brackweide. Arbeiter-Abstinenzent-V. u. d. Abends
8 1/2 Uhr bei Mühlenweg: Bericht von der Gastkonferenz.

Sorford. Soa. Verein. 5. Bezirk. Eberwieserstraße,
abends 9 Uhr bei Weber.

— 9. Bezirk. Cimiter- und Mindenerstraße, abends 9 Uhr, bei
Siefer.

Sorford. Soa. Verein. 4. Bezirk. Ahmmerstraße, abends
9 Uhr bei Freitag.

— 6. und 7. Bezirk. Engerstraße, abends 9 Uhr bei Rüdiger.

— 8. Bezirk. Abends 9 Uhr bei Fuhrmann. In allen Ver-
sammlungen Vortrag und Aufführung der Delegierten zur
Generalversammlung.

Mlen. Öffentliche Bürger- und Arbeiterver-
sammlung. Abends 8 Uhr bei Mehring. T.-D.: Der
Bauarbeiterstreik.

Schleife. Soa. V.
Sicher, Sorford
Acht
der Firma
ind Differenz
beschlossen falls
t. m. m.

* Sorford, 24. Juni
wird heute mit der In-
druck begonnen; die
bis auf weiteres gelpen

* Sorford, 23. Juni
tag, 25. Juni, abends
gramm: 1. Mit Pa-
2. Fest-Duennere
furth. 4. Wiener Blu-
Potpourri von Schrei

* Detmold, 23. Juni
Die Bibliothek wird i-
Anstaltgebung der
Bücher abgegeben wer-

n. Detmold, 23. Juni
demonstrativen Ausga-
im „Odeon“ tagende
Druckantenfa-

arbeiter. Auf der
Vorstandes betr. Anst-
vom Krankenhaustag
ordnung wurde von
lebbacht bedauert, daß
nicht allen Mitgliedern

dieser Verammlung i-
Reichsversicherungsor-
selben wäre. Mit Re-
standis und Entgegen-
genortten. Die Grün-
Diskussion einige Mit-
sprache führen könnten
sichende als Leiter der
der Geschäftsführung

könne. Der Bericht
und nach welchem der
bereits durch den Vo-
Bemerkung, daß die
dieser Angelegenheit h-

tigte Entzählung der
Verhalten des Vorst-
festgestellt, daß die
beachtet worden sind.

war seinerzeit eine
bindung mit dem
stellung eines Kontroll-
neralversammlung
zweck stattgefunden
denn derjenigen dem
Orientierung und Re-
trollen unterbreitet

einer Woche 15 Kran-
jedenfalls Woche war
ohne nun den Bericht
hatte der Vorstand da-

den hiesigen Zeitungen
missionsmitglieder vor-
funktion in der Komm-
gliedern Schmitz
präzisiert, daß sie im
beamten wären. Der

man beschloß, diese An-
lung zu unterbreiten.
Mann mit der niedri-
und in dieser — Ver-
den S a g e m a n er-
tandes und die Verre-

kann scharfe Kritik v-
Vorliegende gewisserm-
im Dezember vor jen-
Vorstehenden, von 150
schlug dem Tag den ein-
treten ging jetzt ein

der Wahl dieses Ma-
Bisher war es üblich
der Vorstandsmittelie-

lungen herbeizuführen
sichende, da die andere
jahrung hätten und
sei diese Erhöhung not-

hat derlei Herr Sag-
Vertreterwahlen ein
verzeilen lassen, wori-

gewertet wurde und
währte Vertreter und
wurden. Die Erregun-

größer und als der Ver-
größen wollte, lehten
Berichts von diesem
ganze Verammlung

die jetzt das Rückan-

Unse

Unse

Unse

Unse

Unse

Unse

Unse

Unse

Unse

Unse

Unse

Unse

Unse

10

Schneegeföber. **Soldau, 23. Juni.** Die Bäche vom Gothardt treffen mit verschneiten Dächern ein. Bis herab nach Gurtellen (900 Meter) herrscht Schneegeföber. Die Alpen erleiden

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs**, für
den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher**, beide in Wieselsfeld.

Bielefeld.

Alsbergs Kurzwaren-Tage

2. Angebot!

Mit dem heutigen Angebot bringen wir eine grosse Anzahl Artikel, die inzwischen eigens für unsere Kurzwaren-Tage neu eingetroffen sind. Auch mit diesem 2. Angebot bieten wir an Preiswürdigkeit Hervorragendes. Mit dem Verkauf untenstehender Artikel **beginnen wir um 2 Uhr.**

Ca. 600 Meter Spachtelstoffe und gestickte Fältchentülle weiss und creme, für Blusen und Einsätze sonstiger Preis bis 8.00 zum Aussuchen Mtr. 175	Sensationell! Posten Mull-Festons und Einsätze nur la. Qualitäten Serie I 95 Ser. II 165 sonst b. 5.00/jp. Stück St. = 4 1/2 Mtr.	Posten Fältchen-Tülle für Blusen weiss und creme sonst bis 3.75 per Meter Meter 150
Ca. 500 Mtr. Hals-Rüschen Rest für 2 Rüschen 20	Posten Barmer-Festons mit Hohl- sonst 1.25 10 Mtr. 75 saum	Posten Zwirn-Einsätze sonst bis Ser. I 5 Ser. II 10 35 Pfg. Mtr.
Posten schwarze seidengestickte Tüllstoffe sonstiger Preis bis 5.00 Meter 175	Posten Mull-Stickereistoffe mit Fältchen regul. Preis bis 4.00 Meter 175	Neu eingetroffen! Ca. 200 Meter Mull-Stickereistoffe moderne Lochstickereien sonst bis 3.00 Serie I Meter 100 Serie II Meter 150
Hervorragend preiswert! 840 Paar Kinder-Söckchen hell und dunkelfarbig mit la. Jacquardrand sonst bis 1.00 Grösse 28 Grösse 38 1-4 5-9	Posten zurückgesetzte Kinder-Strümpfe für das Alter bis 6 Jahren Jacquard u. Ringel jedes Paar 28	Ca. 300 Paar Herren-Schweiss-Socken ohne Naht sonst. Preis 60 Paar 38
Ca. 1000 Paar Damen-Handschuhe weiss und farbig, kurz und halblang, mit und ohne Finger darunter seid. Qual. bis 1.20 Serie I Paar 10 Serie II Paar 35	Posten Damen-Korsetts aus la. Drell, mit 6 u. 8 Spiralfedern sonst bis 2.75 Serie I 98 Serie II 148 Stück Stück	Ca. 1000 Paar weisse lange Damen-Handschuhe sonst bis 1.60 Serie I Paar 48 Serie II Paar 65
Neu eingetroffen! 1 Posten Doppelstoff-Madap.-Festons Stück = 4 1/2 Mtr. 38	Ca. 500 Damengürtel aus eleganten Bändern, mit und ohne Gummi Serie I Serie II sonstiger Preis bis 5 Mk. 65 100	1 Posten Hutbänder breite, reinseidene gemusterte sonst bis 2 Mk. Meter 35
2 Serien la. Madap.-Festons u. Einsätze reich gestickt St. = 4 1/2 Mtr. Serie I 58 Serie II 85 St. = 4 1/2 Mtr.		

Spezial-Angebot aus unserer Putz-Abteilung wegen vorgeschrittener Saison.	1 Posten Glocken-Matelots mit breitem Kopf und eleganter Sammetband-Garnitur sonst bis 9.50 jetzt 290	Ca. 200 Kinder-Hüte mit breiter, reinseidener Bandschleife Serie I 85 Serie II 120 jeder Hut	1 Restposten eleganter Damen-Hutformen nur diesjähriger Saison früherer Preis bis 3.50 Serie I 45 Serie II 95 jeder Hut
Voll garnierte Damen-Hüte mit eleganten Garnituren, nur schicke neueste Zusammenstellungen Serie I Serie II Serie III Serie IV sonst bis 6.50 sonst bis 9.00 sonst bis 15.00 sonst bis 25.00 Räumungspreis Räumungspreis Räumungspreis Räumungspreis 250 350 500 1000	Ca. 200 Stück elegante Batist- Kinder-Häubchen u. Helgoländer nur frische diesjährige Sachen darunter Piecen im sonstigen Preis bis 5.00 Mk. Serie I 35 Serie II 95 Serie III 150		

S. Alsberg & Cie.

Kleine Anzeigen-Gef.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Überschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet. Anzeigen unter dieser Aufschrift werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Fahrradteile! 3380* jeder Art, Laufketten von 20 bis 250 an, prima Federn 5.50, Luftschläuche 2.15, Felgen 1.00, Ventile 2.25, Pedale 2.00, Ketten 2.30 u. f. w., sowie Reparaturen an Fahrrädern und Nähmaschinen jeder Art außerordentlich billig bei K. Gerle, Siegfriedstr. 61.	Kochherde, weiss und schwarz emailliert, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl, sollen räumungshalber zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Ritterstr. 57.	Lehrmädchen, 3418 14-16 Jahre, bei sofortigem kleinen Verdienst, später steigend, werden sofort noch eingestellt. Wo sagt die Expb. oberhalb der Strasse 105, rechts. 3428*
Achtung! Die feinsten getragenen Herren-Anzüge, Damenkostüme, Hüte und Ketten laufen Sie nur am besten und reellsten bei Wilhelm Meier, Röntgenstr. 19.	Nähfrau 3291*	Wohnung, 2 große Räume, sofort oder später zu vermieten. W. Wahlmann, Petri-Strasse 61.

Schuhwaren.

Wir hatten Gelegenheit, einen großen Posten prima Knaben- und Mädchen-Stiefel ganz bedeutend unter Preis zu erwerben. Wir bringen diese von heute ab zu ganz billigen Preisen zum Verkauf. Außerdem feine Herren-Boots, Agraffen- und Zugstiefel zu 7.50. Nur beste erprobte Qualitäten. Überzeugen Sie sich von der Güte und Billigkeit. Kohlmeier & Düring, Bismarckstr. 10. (Am alten Markt).

Getragene

Anzüge, Hüte, Damenkleider, Kleider, Röcke, Blusen kauft man am billigsten und reellsten bei H. Blume, Ritterstr. 81. [3398*]
Logis 3424*
frei für junge Leute. Welle 36 pt.
In der Buchhandlung „Volkswacht“ ist zu haben:
Jugendgeschichte einer Arbeiterin.
Von ihr selbst erzählt, mit einem Aug. Bebel.
Preis 1 Mk. Porto n. ausw. 10 Pfg.

Getragene

Anzüge, Hüte, Damenkleider, Kleider, Röcke, Blusen kauft man am billigsten und reellsten bei H. Blume, Ritterstr. 81. [3398*]
Logis 3424*
frei für junge Leute. Welle 36 pt.
In der Buchhandlung „Volkswacht“ ist zu haben:
Jugendgeschichte einer Arbeiterin.
Von ihr selbst erzählt, mit einem Aug. Bebel.
Preis 1 Mk. Porto n. ausw. 10 Pfg.

Getragene

Anzüge, Hüte, Damenkleider, Kleider, Röcke, Blusen kauft man am billigsten und reellsten bei H. Blume, Ritterstr. 81. [3398*]
Logis 3424*
frei für junge Leute. Welle 36 pt.
In der Buchhandlung „Volkswacht“ ist zu haben:
Jugendgeschichte einer Arbeiterin.
Von ihr selbst erzählt, mit einem Aug. Bebel.
Preis 1 Mk. Porto n. ausw. 10 Pfg.

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch

rinnen und Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

Nachruf! Am Sonnabend, den 19. d. Mts., verstarb im Kreis-Kranken- hause in Herford unser Mitglied, der Zigarrenarbeiter Heinrich Mänchen im Alter von 54 Jahren. — Obwohl seit langen Jahren halb erblindet, sich mit einer karglichen Invalidenrente und ein paar Mak, die er hingen verdiente, kümmerlich durchs Proletariat- dasein schlängelnd, ist er dennoch immer ein treues Mitglied unseres Bereins gewesen. — Ihre seinem Andenken. — Sozialdemokratischer Verein (Ortsgruppe Herford). 3399	Nachruf! Am Sonnabend, den 19. d. Mts., verstarb im Kreis-Kranken- hause in Herford unser Mitglied, der Zigarrenarbeiter Heinrich Mänchen im Alter von 54 Jahren. — Obwohl seit langen Jahren halb erblindet, sich mit einer karglichen Invalidenrente und ein paar Mak, die er hingen verdiente, kümmerlich durchs Proletariat- dasein schlängelnd, ist er dennoch immer ein treues Mitglied unseres Bereins gewesen. — Ihre seinem Andenken. — Sozialdemokratischer Verein (Ortsgruppe Herford). 3399
---	---

268. Sitzung vom 19. d. Mts.
Am Bundesratssitzung:
Fortsetzung der zweiten
Sitzung, beginnend mit
9 Uhr 15 Minuten.
Abg. Graf v. Westphalen
welcher beabsichtigt, die
zu trennen und die Bestim-
Artikel 3 zu beilegen,
zumachsteuer.
hören Jahre zu ihrer Aus-
der Regierung nicht bewen-
beruht zum Teil auf Aus-
wendigen hinausgehen. U-
über den Ertrag bleiben
hinter den wirklich zu erw-
Reichsfinanzminister Sy-
zumachsteuer in die Finan-
die Lageordnung gefom-
mehr zustande bringen.
eine Kommission von Sa-
jammenberufen, in der sich
einer Reihe von Bürger-
Prinzipien sind die ver-
dem Reiche ein Anteil am
es um die Frage, ob jetzt
Dabei kommen die Ver-
und das vom platten Lar-
liegen. Unsere Absicht, ein-
auszuarbeiten, darf aber
hier im Hause herrschenden
und Weiterleit.) Zurzeit
als spruchlos betrachtet n-
Abg. Dr. Sieber (Str-
folgende Erklärung ab: Ob-
als geeignete Steuerquellen
sforzigen Einführung ein-
men. Wir betrachten ein-
neten Weg zum Ausbau
beziehung auf das Reich ha-
in einer solchen Steuer le-
meine Verhältnisse, wie die
letzte nicht gelöst ist, ist
einer Reichswehrwachstums-
wiederholtes Bravo! links.
Abg. Dr. Jäger (Str-
unter besonderem Hinweis
Berlin, keine Anstalten zu
steuer machen.
Abg. Dr. Südekum
in einer ersten Lesung.
rückt sich dadurch, daß die
wahrt werden müssen, we-
stande kommen soll. Zur
Kommission so auch hier,
eine Reichswehrwachstums-
sind zum größten Teil d-
banten, die überall ver-
der erheblichen Bodenwer-
Allgemeinheit wieder zuge-
den Soz.) Was Herr Jä-
meinden so langsam damit
die reaktionären Ge-
den Gemeinden eine über-
sind es Liberale, die sich
aber auch Merkale. (Se-
In ihrem Widerstand ge-
die Haus- und Grundbesitz-
wangelich, jüdisch oder ei-
Soz.) Nach unserer Mei-
Schaden auf Zuschläge zu
weisen. In einigen Jah-
haben, wie heute aus der
auch schon früher mit dem
steuer getragen.
Da wir 17 1/2 Millionen
ländliche Grund und Boden
in seinem Werte um meh-
haffes hört, hört! links.)
der Allgemeinheit wieder z-
bedauerlich, um so mehr,
Bollwerk des Reiches be-
gegeben sind. (Lebhafter
Bei der Überlegenheit, die
dem enormen Territorium
hafte Zustimmung bei den
ländlichen Bezirken eine
Es sei denn durch das Re-
die Reichswehrwachstums-
Indessen läßt sich nicht
lage für ein solches Ge-
Westarp ist eines der
Mistralen gegen die
Mache. Aber wenn sie
machen will, dann darf
bei den Soz.) Aus dieser
gebunden, dem jetzigen
zugrunde liegende Gedan-
den Sozialdemokraten.)
Abg. Dr. Müller (Str-
keine prinzipiellen Gegen-
Wir lehnen aber den vor-
zugeordneten Gehehens-
ten der Regierung entgegen-
Abg. Kaab (W. Bg.)
auch diesen Vorschlag w-
verlangte einige Jahre
warten. Später können
(Bravo! rechts.)
Nachdem Abg. Graf v.
v. Camp (Rp.) sich in-
schließt die Diskussion.
s 1 die Rechte und das
Vizepräsident K. a. m. p.
(Baujendens Ob!) rechts
Gegenprobe. (Es erheben
Nationalliberale und Pol-
Paragraf ist also angeno-
and im Zentrum.)
Abg. Graf Westarp
bavenden Unruhe des G.
Abg. Cunz (Fr. Bp.)
Unzulänglichkeit der Besti-
nen im Laufe der Sitz-
änderungsantrags Westar-
bezweckt nur, die Besteue-
Stürmische Zustimmung

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 144.

Bielefeld, Donnerstag, 24. Juni 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

268. Sitzung vom Mittwoch, 23. Juni, 2 Uhr nachm.

Am Bundesratssitz: Sydom.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Finanzgesetzes, beginnend mit Artikel 3: Umsatz- und Wertzuwachssteuer.

Abg. Graf v. Westarp (kons.) begründet einen Antrag, welcher beabsichtigt, die Wertzuwachssteuer und die Umsatzsteuer zu trennen und die Bestimmungen über die Umsatzsteuer aus dem Artikel 3 zu beseitigen. Der Staatssekretär steht der Wertzuwachssteuer zwar sympathisch gegenüber, meint aber, es gehören Jahre zu ihrer Ausarbeitung. Hierfür ist die Denkschrift der Regierung nicht beweiskräftig. Die Finanznot der Städte beruht zum Teil auf Ausgaben, die über das Maß des Notwendigen hinausgehen. Auch die Berechnungen der Denkschrift über den Ertrag bleiben nach dem Urteil Sachverständiger hinter den wirklich zu erwartenden Erträgen zurück.

Reichsfinanzminister Sydom: Die Einbeziehung der Wertzuwachssteuer in die Finanzreform ist verhältnismäßig spät auf die Tagesordnung gekommen. Eine Vorlage konnte ich nicht mehr zustande bringen. Ich habe aber innerhalb von 8 Tagen eine Kommission von Sachverständigen und Interessenten zusammenberufen, in der sich u. a. Professor Adolf Wagner neben einer Reihe von Bürgermeister und Stadträten befindet. Prinzipiell sind die verschiedenen Regierungen der Ansicht, daß dem Reiche ein Anteil an Wertzuwachs gebührt. Anders steht es um die Frage, ob jetzt schon eine solche Steuer möglich ist. Dabei kommen die Verhältnisse der Verhältnisse in Betracht und daß vom platten Lande fast keine Erfahrungen vorliegen. Unsere Ansicht, einen Gesetzentwurf über diese Materie auszuarbeiten, darf aber nicht als eine Verbeugung vor der hier im Hause herrschenden Strömung aufgefaßt werden. (Abkl. und Heiterkeit.) Bisher kann die Materie immerhin noch nicht als spruchreif betrachtet werden. (Sehr wahr! links.)

Abg. Dr. (natl.) gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Obwohl wir den Wertzuwachs am Boden als geeignete Steuerquelle betrachten, können wir nicht der sofortigen Einführung einer Reichswertzuwachssteuer zustimmen. Wir betrachten eine solche Steuer als besonders geeigneten Weg zum Ausbau der Gemeindefinanzen. Die Ausdehnung auf das Reich halten wir für verfrüht. Wir erblicken in einer solchen Steuer keinen geeigneten Ersatz für eine allgemeine Besitzsteuer, wie die Erbschaftsteuer es ist. Solange die letztere nicht gestrichelt ist, können wir dem Kommissionsvorschlag einer Reichswertzuwachssteuer nicht zustimmen. (Lebhaftes Wiederholtes Bravo! links.)

Abg. Dr. Jäger (Ztr.) empfiehlt dem Kommissionsvorschlag unter besonderem Hinweis auf solche Großstädte, die, wie z. B. Berlin, keine Anstalten zur Einführung einer Wertzuwachssteuer machen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Wir befinden uns eigentlich in einer ersten Lesung. Die Verletzung der Geschäftsordnung rächt sich dadurch, daß die Formen einer ersten Lesung doch gewahrt werden müssen, wenn überhaupt eine Verständigung zustande kommen soll. Zur Sache selbst betonen wir, wie in der Kommission so auch hier, unsere prinzipielle Geneigtheit für eine Reichswertzuwachssteuer. Die Steuern der Gemeinden sind zum größten Teil der sozialdemokratischen Agitation zu danken, die überall versucht hat, den unbedingten Gewinn aus der erheblichen Bodenwertsteigerung wenigstens teilweise der Allgemeinheit wieder zuzuführen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Was Herr Jäger eben behauptet, daß es in den Gemeinden so langsam damit vorwärts geht, das geht zurück auf die reaktionären Geister, die den Haus- und Grundbesitzern in den Gemeinden eine übermächtige Stellung verleihen. Meist sind es Liberale, die sich der Wertzuwachssteuer entgegenstellen, aber auch Christliche. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) In ihrem Widerstand gegen die Wertzuwachssteuer gleichen sich die Haus- und Grundbesitzer in allen Städten, ob sie katholisch, evangelisch, jüdisch oder christlich sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nach unserer Meinung kann man die Gemeinden ohne Schaden auf Fische legen, zu einer Reichswertzuwachssteuer verweisen. In einigen Jahren werden sie dieselben Erträge haben, wie heute aus der selbständigen Steuer. Wir haben uns auch schon früher mit dem Gedanken einer Reichswertzuwachssteuer getragen.

Da wir 17½ Millionen Hektar Ackerland haben, so ist der ländliche Grund und Boden lediglich durch den letzten Zolltarif in seinem Werte um mehr als 21 Milliarden gestiegen. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Das davon nicht schon bisher ein Teil der Allgemeinheit wieder zugeführt wurde, ist im höchsten Maße bedauerlich, um so mehr, als unter den furchtbaren Folgen des Zolltarifs weite Kreise des Volkes direkt der Hungertod preisgegeben sind. (Lebhaftes Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Bei der Überlegung, die ein Großgrundbesitzer hat, und bei dem enormen Terrorismus, der auf dem Lande herrscht (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.), ist es ausgeschlossen, daß in ländlichen Bezirken eine Wertzuwachssteuer eingeführt wird. Es sei denn durch das Reich. Also auch deshalb empfiehlt sich die Reichswertzuwachssteuer. (Zustimmung links.)

Indessen läßt sich nicht verkennen, daß die sichere Grundlage für ein solches Gesetz noch nicht gegeben ist. Der Antrag Westarp ist eines der Schnellfeuerprodukte der Kommission. Wir vertrauen gegen die Regierung besten wie ja in reichem Maße. Aber wenn sie verspricht, daß sie ein Steuerrecht machen will, dann darf man es ihr wohl glauben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aus diesem Grunde halten wir uns nicht für gebunden, dem jetzigen Antrag zuzustimmen, obwohl der ihm zugrunde liegende Gedanke unsere Sympathie hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fr. Vp.): Auch wir sind keine prinzipiellen Gegner der Wertzuwachssteuer im Reiche. Wir lehnen aber den vorliegenden, auf rein lokale Verhältnisse zugeschnittenen Gesetzentwurf ab und sehen den weiteren Schritten der Regierung entgegen.

Abg. Kaab (V. Vp.): Die liberalen Redner lehnen also auch diesen Vorschlag wieder ab. Der Herr Staatssekretär verlangte einige Jahre Zeit. Wir wollen aber nicht länger warten. Später können wir das Gesetz ja immer noch ändern. (Bravo! rechts.)

Nachdem Abg. Graf Westarp (kons.) und Abg. Freier (V. Vp.) sich für die Vorlage ausgesprochen haben, schließt die Diskussion. In der Abstimmung erheben sich für 1 die Rechte und das Zentrum.

Vizepräsident Kämpf: Das Bureau ist im Zweifel. (Wandelndes Hört, rechts und im Zentrum.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Es erheben sich Sozialdemokraten, Freisinnige, Nationalliberale und Polen.) Das ist die Minderheit. Der Paragraph ist also angenommen. (Schallend. Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Abg. Graf Westarp spricht zu § 2, bleibt aber bei der an bauernden Ursache des Hauses unverändert.

Abg. Cuno (Fr. Vp.) zeigt an einem praktischen Beispiel die Unzulänglichkeit der Bestimmungen der Vorlage und des neuen im Laufe der Sitzung schon wieder abgeänderten Änderungsantrags Westarp. Die Steuer ist eine unpolare und bezweckt nur, die Besteuerung der Erbschaften zu verhindern. (Stürmische Zustimmung links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Cuno unterbreite ich, und darüber hinaus bin ich der Ansicht, daß auch nicht der dritte Teil der Freunde des Grafen Westarp die Tragweite dieser sogenannten Vorlage versteht. (Lebhaftes Zustimmung links.) Zur Zeit bei den Freisinnigen: Ist auch zu hoch für sie! Bestimmende Heiterkeit links.) Nicht genug, daß eine Lesung unterschlagen wird, alle fünf Minuten kommt jetzt ein Änderungsantrag, der sich auf die schwierigsten Materien bezieht. Darüber soll dann untereinstimmig abgestimmt werden. Diese Methode ist der Mehrheit würdig. (Lebhaftes Zustimmung links, Loben rechts, Rufe: Abstimmen!)

Abg. Dr. Kossida (kons.): Wir müssen den Sprung wagen. Wir haben auch den großen Sprung der sozialen Gesetzgebung gewagt. (Stürmische Bravo! rechts, Lachen links.)

Die Diskussion schließt. Die §§ 2 und 3 werden von der gleichen Mehrheit angenommen, wobei die Mehrheit, um sich die Mühe des Wiederanstehens zu ersparen, unter Heiterkeit der Minderheit einfach stehen bleibt. Beim § 4 rührt

Abg. Graf Westarp (kons.) die positiven Leistungen der Kommission.

Abg. Gothein (Fr. Vp.): Die positiven Leistungen der Kommission bestehen im Abschreiben, allerdings nicht immer im richtigen Abschreiben. (Sehr gut! und stürmische Heiterkeit links.) Um diese positiven Leistungen beneiden wir Sie nicht. Nicht der dritte Teil der Mehrheit kennt die Materie, die Sie geglättet zu regeln sich anschauen. (Lobender Rufe rechts. — Rufe: Ungehört, unverständlich!) Man kann nur sagen: Herr vergibt ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.

Vizepräsident Dr. Baasche erhebt den Vorschlag, daß er sich der Mehrheit gegenüber eines anderen Tones befleißigen möge. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Cuno (Fr. Vp.) charakterisiert unter stürmischen Unterbrechungen der Mehrheit die Kommissionsvorschläge als oberflächliche Arbeit, welche geradezu sinnlose Lügen aufweist.

Abg. Dr. Köfide (kons.): Die positiven Leistungen der Linken haben nur darin bestanden, daß sie sieben Monate unangenehm der Kommissionsarbeit zuleb. (Leb. Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Cuno (Fr. Vp.) beantragt Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission. (Rufe rechts.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. § 4 wird angenommen, desgleichen debattelos die §§ 5 und 6. Bei § 7 befürwortet Graf Westarp einen Antrag: Ueberlassung von Erträgen zwischen Eltern und Kindern, sofern dadurch land- oder forstwirtschaftlich oder gewerblich benutzte Grundstücke zur Fortsetzung ihrer Nutzung übertragen werden, von der Steuer freizulassen; diese Uebertragung darf nicht hier getroffen werden, sondern bei der Erbschaftsteuer. (Schallende Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Der Erbschaftsteuer wollen gerade Sie nicht zustimmen. Ueberdies bringen unsere Agrarier mit großer Virtuosität auch in dieses Gesetz eine Bestimmung, die ihnen besondere Vorteile bringt.

§ 7 wird angenommen.

§ 7a befreit u. a. von der Steuer die Kirche.

Abg. Cuno (Fr. Vp.): Eine Kirche, die ein Grundstück mit Gewinn verkauft, von der Steuer freizulassen, ist doch ganz unbegründet.

Abg. Graf Westarp (kons.): Der Zweck der Kirche rechtfertigt ihre Befreiung von der Steuer. (Leb. Zustimmung im Zentrum.)

§ 7a wird angenommen.

§ 8 macht die Verkäufer solidarisch für die Steuer lastbar.

Abg. Cuno (Fr. Vp.): Herr Köfide sagte in der Kommission, wir wollen etwas zustande bringen, wie ist uns ganz egal. (Stürm. Heiterkeit links.) Nur aus diesem Respekt wird der § 8 verabschiedet. (Große Heiterkeit links.)

§ 8 wird angenommen und debattelos die übrigen Paragraphen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. (2. Lesung des Erbschaftsteuergesetzes.)

Schluß 1/6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

98. Sitzung vom Mittwoch, 23. Juni, vorm. 11 Uhr.

Im Ministerrath: Niemand.

Präsident v. Schröder eröffnet die Sitzung.

Das Ansehen des verstorbenen Abgeordneten Schmidt-Dalle (Fr. Vp.) wird durch Erheben von den Sigen geehrt.

Ein Antrag Graf v. d. Neude (kons.) verlangt Heranziehung der Stadt- und Landgemeinden mit ihrem Einkommen aus dem eigenen Bezirk belegenden Grundbesitz zu den Kreisabgaben. Die Gemeindegemeinschaft beantragt, die Regierung zu ersuchen, durch eine Gesetzesvorlage die Benachteiligungen zu beseitigen, die sich aus dem Prinzip der Kontingentierung im Kreisabgabengesetz ergeben haben.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen, wird in dritter Beratung angenommen.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über das Erreichen des Untersuchungskommissars bei der Regierung in Breslau um Erteilung einer Abschrift bezw. Ueberreichung einer Petition des Polizeisekretärs Arndt-Breslau. Die Petition datiert vom Oktober 1908 und bezieht sich auf die Anrechnung der Eigenbediensteten auf das Besoldungsdienstrecht und ersucht um Einstellung des Disziplinarverfahrens. Die Geschäftsordnungskommission ist zu dem Beschluß gekommen, daß gegen die Herausgabe der Petition keine Bedenken bestehen.

Die Abg. Leinert und Dr. Dieblich (Soz.) beantragen, die Herausgabe zu verweigern.

Abg. Traeger (Fr. Vp.): Ich habe dem Kommissionsantrag zugestimmt, möchte aber nicht, daß aus diesem Falle ein Präzedenzfall geschaffen wird. Das Petitionsrecht muß gewahrt werden, und das Haus muß von Fall zu Fall entscheiden können, ob es eine Petition herausgeben will oder nicht.

Abg. Leinert (Soz.): Es handelt sich hier um den Versuch einer Behörde, staatsbürgerliche Rechte zu beschneiden. Dem müssen wir entgegenstehen und jeden Versuch, der dahin führt, solche Rechte zu erschüttern, bekämpfen. In der Kommission ist die Frage, ob die Petition herausgegeben werden soll oder nicht, eingehend erörtert worden. Es handelt sich hier um das Erreichen einer Behörde an eine andere Behörde. Das Abgeordnetenhaus ist keine Behörde, oder die Frage ist wenigstens noch zweifelhaft. In allen zweifelhaften Fällen aber ist man besser, wenn man Rechte besitzt, auf diesen Rechten zu bestehen, als sie ohne weiteres aus der Hand zu geben. (Sehr richtig! links.) Das Petitionsrecht darf nicht fehlen. Wenn hier verweigert werden. Das würde aber geheißen, wenn wir die Petition herausgeben. Das Petitionsrecht der Beamten ist ohnehin schon durch die oberen Behörden ganz weientlich eingeschränkt. Die Beamten dürfen keine Kollektivabgaben an die Parlamente machen. Wenn schon eine solche Verankerung, eine wichtige Sache vorliegt, dann dürfen wir der Regierung auf diesem Wege nicht folgen. (Sehr richtig! links.) Wir wür-

den das Petitionsrecht der Beamten überhaupt preisgeben und wir würden das Vertrauen verlieren, das ein Parlament besitzen muß. Die Berechtigung, die Herausgabe der Petition zu verweigern, hat niemand bisher bestritten können. Ich glaube, das Abgeordnetenhaus würde sich seiner Würde mehr bewußt sein, wenn es ruhig Zwangsmittel, die der Untersuchungskommission in Breslau in Händen zu haben glaubt, gegen sich erheben lassen würde. Außerdem liegt die Sache in diesem speziellen Falle doch so, daß die Disziplinaruntersuchung gegen den Mann eingeleitet werden soll auf Grund der Mitteilungen, die er in der Petition gemacht hat. Der Mann hat sich an uns gewendet, um Schutz gegen vermeintliche Unbill zu finden. Es verletzt unter Rechtsgesühl, wenn wir diesen Mann, der schuldlos zu uns gekommen ist, seinen Verfolgern ausliefern. Das machen wir nicht mit. Wir wissen auch gar nicht, zu welchem Zweck der Untersuchungskommission die Petition eigentlich haben will, wenigstens hat er es uns nicht gesagt. Sollen wir uns vor dem ersten Schritt auf einer abschüssigen Bahn, wir wissen sonst nicht, wohin wir kommen (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.)

Abg. v. Brandenstein (kons.): Des Strafgesetzbuch schreibt vor: Wer einen Gegenstand der für eine Untersuchung von Belang ist, in Gewahrhaft hat, ist verpflichtet, diesen herauszugeben. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die das Abgeordnetenhaus von dieser allgemeinen Verpflichtung entbe-

Abg. Dr. Wagner (freisinnig): So klar, wie der Vorredner es hinstellt, liegt die Frage nicht. Sie ist im Gegenteil durchaus strittig. Man muß alles vermeiden, was das Ansehen des Parlaments herabdrücken könnte, und das kommt doch hier in Frage. Darum bitte ich um Abweisung des Antrages der Kommission.

Der Antrag der Geschäftsordnungskommission wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Abg. Borgmann (Soz.) und Traeger (Fr. Vp.) auf Abänderung des Artikels 84 der Verfassung (Unterbrechung des Strafpolizeuges bei der Wahl zum Abgeordneten).

Die Kommission beantragt die Anträge abzulehnen.

Abg. Koenen (Ztr.): Unsere Fraktion hat stets den Standpunkt eingenommen, daß die Ausübung des Mandats durch den Strafpolizeuges nicht verhindert werden soll. Daher stimmen wir für die Anträge.

Abg. Böckelmann (natl.): Wird ein Abgeordneter bestraft, nachdem er gewählt ist, so sind wir gar nicht in der Lage, zu prüfen, ob nach dieser Bestrafung die Wähler noch den Beirathen haben wollen. Es ist dann Sache des Beirathen, sein Mandat niederzulegen und die Wähler zu fragen, ob sie ihn noch weiter haben wollen. Änderungen der Verfassung sollten nur aus den allerdringendsten Gründen vorgenommen werden. Daß hier eine dringende Veranlassung vorliegt, können wir nicht anerkennen und werden daher dagegen stimmen.

Abg. Bierck (freisinnig): Auch wir haben nicht ein, daß ein Anlaß vorliegt, die Verfassung zu ändern und stimmen dem Kommissionsantrag zu.

Abg. Traeger (Fr. Vp.) befürwortet kurz den Antrag, bleibt aber auf der Tribüne unverändert.

Abg. Dieblich (Soz.): Wir würden kein Wort in diese Angelegenheit verlieren, wenn es sich dabei nur um eine persönliche Sache der in dieses Haus gewählten Sozialdemokraten handelte. Wir sind grundsätzlich gegen alle Privilegien. Es handelt sich für uns darum, daß der Landtag als eine gesetzgebende Körperschaft dem Interesse der gesamten Bevölkerung, von der er — in Preußen allerdings mit einer gewissen erheblichen Einschränkung — gewählt worden ist, auch vollständig vertritt.

Ich sehe daher dieser Angelegenheit, obwohl sie in gewissem Sinne mit dem Titel meines Namens verknüpft ist, vollkommen unpersonlich gegenüber. — In allen Ländern, die man gewohnt ist, als Kulturländer zu bezeichnen — wenn man von Deutschland als einem Kulturlande spricht, pflegt man mit Recht etwas mit den Augen zu zwinkern. (Heiterkeit.) — Ist bereits der Brauch vorhanden, der unsern Antrag entspricht. Das Material, das man in Freund Dirich, der jetzt verstorbenen Landtagsabgeordnete, aus dem Auslande vorgetragen hat, ist vollkommen beweiskräftig. Die frühere Behauptung ist auch nicht wiederholt worden, daß Preußen sich dadurch in einem Gegensatz zu dem gesamten Auslande befindet. Die juristischen Einwände gegenüber unserem Antrag und dem Antrag Traeger sind durchaus unhaltbar. Es ist überhaupt eine eigentümliche Sache, von juristischen Einwänden zu sprechen gegenüber einem Veruche, die lex lata zu verändern. Es handelt sich um eine Aktion, die von einer gesetzgebenden Körperschaft verlangt wird. Wie kann eine gesetzgebende Körperschaft, wenn sie im Begriffe steht, ein Gesetz zu ändern, sagen: das Gesetz steht dem entgegen! Die gesetzgebende Körperschaft ist dazu da und ist berechtigt, das Gesetz in weitestem Umfange zu ändern; es ist ihre Pflicht, das in dem Augenblick zu tun, in dem sie die Notwendigkeit für gegeben hält. Es ist ein etwas absonderlicher Einwand gegenüber unserem Antrage gemacht worden. Es ist gesagt worden, was hier verlangt werde, sei ein Aufbruch der Strafpolizeuges. Diese sei Sache der Begnadigung, in- und obendrein werde hier in die Begnadigung eingegriffen. Zunächst trifft das nicht zu. Wer in der praktischen Jurisprudenz steht, der weiß genau, daß die Strafpolizeuges ein Akt der Justiz, der weitgehend ist. Diese, speziell der Regel nach die Verwaltungsbehörden, hat nun die Bewegungsfreiheit mit ihren Maßnahmen in Bezug auf die Strafpolizeuges, die ja allgemein die Verwaltungsbehörden leider bei uns in Preußen in sehr weitem Umfange zu haben pflegen. Wer ist als Anwalt noch nicht in die Lage gekommen, bei dem Staatsanwalt Anträge zu stellen, die Strafpolizeuges auf einige Zeit auszuheben? Wie häufig geschieht das durch ein einziges Wort, das man mit dem Staatsanwalt rechnet. Ich gebe gern zu, es läßt sich der Begnadigung auch als Begnadigung konstruieren. Die Begnadigung kann sich auf alles erstrecken, auch auf jeden Teil der Strafpolizeuges, und kann unfreiwillig auch im Sinne einer Begnadigung ausgeübt werden. Es handelt sich aber darum, ob eine Strafbefreiung als solche als ein Akt der Begnadigung zu betrachten ist. Davon kann keine Rede sein. Im übrigen sprechen wir hier von der lex ferenda. Das Begnadigungsrecht ist ein Recht, das nicht mit einem festumgrenzten Umfang in der Verfassung für den Monarchen festgelegt ist, sondern das seinem Wesen nach sekundärer Charakter trägt. Es bezieht sich aber auf diejenigen Gebiete, in Bezug auf die nach der jetzigen Regelung eine Begnadigung überhaupt nicht in Frage kommen kann. Genau so gut, wie wir in der Lage sind, Strafbefreiungen anzunehmen und damit die Möglichkeit, in Fällen derartiger Delikte das Begnadigungsrecht auszuüben, dem Monarchen nehmen, genau so gut ist es möglich, daß durch eine Bestimmung in Bezug auf die Strafpolizeuges Maßregeln getroffen werden, die der Möglichkeit vorbeugen, daß der Monarch in der Beziehung von seinem Begnadigungsrecht Veranlassung hat, Gebrauch zu machen. Jedenfalls, wenn die Verfassung in der Weise vorgeschlagenen verfassungsmäßigen Weise geändert ist, dann ist damit das, was an Begnadigungsrecht des Monarchen bisher bestanden hat, beseitigt. Also man kann darüber gar nicht diskutieren. Es ist eine juristisch ganz klare Frage.

Es ist nun eine andere Frage, die zweifellos ein größeres Gewicht besitzt, ob etwa in die Kompetenz der Reichsgesetzgebung eingegriffen wird. In Bezug hierauf, das gebe ich

sehr gern zu, kann man verschiedener Meinung sein. Ich stehe auf dem Standpunkt, den der Referent in der Kommission eingenommen hat. Ich will diesen Standpunkt nicht des näheren auseinandersetzen. Aber nehmen wir selbst an, wir kollidieren mit der Reichsverfassung. Bedeutet denn das, daß wir nunmehr stillhalten hätten, bis etwa von Seiten des Reiches Hilfe kommt? Daraus kann keine Rede sein. Es muß möglich sein, daß in solchen Fällen, wo es das Interesse des einzelnen Staates verlangt, daß eine Abänderung des Reichsgesetzes stattfindet, nun auch von den Einzelstaaten die Initiative ergriffen wird. Wir werden heute vielleicht noch zu verhandeln haben eine Petition, in der ein Eingriff Preußens in die Reichsverfassung verlangt wird, und zum mindesten die Regierung erachtet wird, für ein abgeändertes Reichstagswahlrecht zu sorgen. Ganz im allgemeinen wird man diesem Hause nicht den Vorwurf machen können, daß es sich immer gar zu ängstlich an die Kompetenzen gebunden hätte und nicht gelegentlich eine Exkursion auf das Gebiet der Reichsgesetzgebung unternommen hätte. Im Gegenteil halten es die Herren traditionell für ihr gutes Recht. Wie auch die Rechtslage sein mag, so ist das preußische Gesetz, wenn es mit dem Reichsgesetz kollidiert, so wie das Reich gegenüber nicht bindend. Wenn das Gesetz in Preußen angenommen wird, so wird versucht werden müssen, im Reich diese Auffassung der Rechtslage durchzusetzen. Das ist die Methode, die anwendbar und durchaus einwandfrei ist. Im übrigen darf ich wohl nicht mit Unrecht die vorgetragenen juristischen Bedenken nur als Stütze betrachten, die nur eine Kulisse sind, während es sich in Wahrheit um die Abneigung der Herren gegenüber der politischen Wirkung des Antrages handelt. Es sind Zweckmäßigkeitsgründe — wir wollen uns doch kein A für ein U vormachen lassen —, die die Stellungnahme der Herren in der Kommission veranlaßt haben. Dann möchte ich noch auf eines hinweisen: Ein Eingriff in die Strafverfolgung ist m. E. viel gefährlicher als ein Eingriff in die Strafverfolgung. Bei dem ersten besteht die große Gefahr der Verhinderung des Tatbestandes, die Gefahr der Verjährung usw. All das trifft bei einer Aufhebung der Strafverfolgung nicht zu. Es ist auch nicht richtig, daß zwar die Strafverfolgung tendenziös verfolgt wird, dies aber bei der Strafverfolgung nicht zu befürchten sei. Die Praxis ergibt vielleicht das Gegenteil. Die Strafverfolgung ist immerhin unter Garantie des bis zu einem gewissen Grade unabhängigen Richterstandes gestellt, die Strafverfolgung unterliegt keinerlei Garantie. Man ist dabei durchaus der Willkür der Verwaltungsbehörde ausgeliefert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Staatsanwaltschaft hat es in der Hand, ohne daß es besonders auffällt, gegenüber mißliebigen Abgeordneten die Strafverfolgung auf einige Monate hinauszuverschieben und sie dann einzuperrnen, wenn das hohe Haus zusammentritt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es kann ja kommen, daß die Verfolgungen in Preußen auch einmal zahlreicher werden und sogar die preußischen Gefängnisse zur Unterbringung aller politischen Straflinge nicht ausreichen. (Seiterkeit.) Ähnlich wie jetzt in Preußen. Man hat weiter gemeint, daß eine Nachprüfung zulässig ist. Tatsächlich aber liegen doch die Urteile und die Akten vor, und es wird leicht sein, im Einzelfalle zu entscheiden, ob der Betreffende vom hohen Hause als würdig zu betrachten ist. Man hat gesagt, es könnten ja auch schließlich Totschläger und politische Verbrecher bei Annahme unseres Antrages in das hohe Haus eintreten. Der betreffende Redner hat die politischen Verbrecher offenbar noch unter die Totschläger gestellt als eine noch niedrigere Kategorie. (Sehr gut! bei den Soz.) In Bezug auf die Würdigkeit der politischen Verbrecher lassen wir uns in keine Diskussion ein; darüber haben wir unsere eigene Ansicht und wir sind stolz darauf, mit der Mehrheit dieses Hauses dabei den strikten Gegensatz zu bilden. Es handelt sich hier in der Tat um eine sehr wichtige Verfassungsänderung. Es sind die besten Traditionen des Parlamentarismus, die Traditionen der ältesten und bewährtesten parlamentarischen Staaten, die zu befolgen wir Ihnen anraten. Wir erleben hier heute zum zweiten Male ein fonderbares Schauspiel: Ein Parlament, das nicht einmal den Wunsch hat, seine eigenen Rechte zu erweitern, und das noch stolz darauf ist, sein Bedürfnis zur Erweiterung seiner bisherigen Rechte zu haben. Ich glaube, das kommt, außer im preußischen Abgeordnetenhaus, höchstens noch im Deutschen Reichstag vor, der gegenwärtig ja als ein lastriches Parlament bezeichnet werden kann. (Seiterkeit.) Bestimmend für das Verhalten unsern Anträge gegenüber sind offenbar zwei Gründe, die sehr charakteristisch sind für das hohe Haus: Einmal die Tatsache, daß die Herren von den maßgebenden Parteien gegenwärtig kaum in die Lage kommen werden, Objekt der Strafverfolgung zu sein. Sie fühlen sich durchaus als Subjekte und überlassen es uns, die Objekte zu sein. Und weiter: Sobald sich einmal die Gesetzeslage so gestaltet, daß auch die Herren der in Preußen herrschenden Partei in die Gefahr kommen, mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen — ich erinnere an den Erpressungsparagraphen aus sozialpolitischen Gründen, an das Vereinsgesetz, an den Segmenteerlass —, so sind sie sofort auf das prompteste bereit, die Gesetzgebung zu ändern. Wenn die Herren auch einmal anstehen können, wird sofort ein Volksreferendum vorgelegt. (Sehr gut! bei den Soz.) Aber bei der Strafverfolgung liegt es doch etwas anders. Ich erinnere an das Duell, wegen dessen die Herren ja häufig bestraft zu werden pflegen. Allerdings gab zu große Angst brauchen die Herren davor ja nicht zu haben, denn sie werden bald genug bestraft, wenn sie nur ein Duell begangen haben. Nicht nur die Justiz und die Gesetzgebung, sondern auch die Strafverfolgung pflegt in der Tat vor ihnen halt zu machen, und deshalb haben sie gar kein Gefühl dafür, wie es den Objekten der Gesetzgebung geht. Das wesentlichste aber, was für ihr Verhalten maßgebend ist, dürfte sein, daß die Herren sich überhaupt gar nicht als Parlament fühlen, sie haben gar kein Interesse an der Erweiterung des Parlamentes. In wirklich parlamentarischen Ländern ist auch die Verwaltung unter das Parlament gestellt. In Preußen aber ist es umgekehrt: Hier ist das Parlament nicht als ein Ausschüß der Verwaltungsbeförden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist ja ein ungemein großer Teil der Herren, die die Verwaltung des preußischen Staates repräsentieren, auch als Abgeordnete vertreten. Weil sie sich also nicht als Parlament, sondern als Attribut der Verwaltung fühlen, ist ihr Hauptbestreben, unter keinen Umständen die Rechte der Verwaltung einzuschränken. Sie wachen vielmehr mit Argusaugen über die Rechte der Verwaltung gegenüber den Rechten des Parlamentes. Den ausschlaggebenden Kampf, in dieser Beziehung haben wir auf einem anderen Gebiet zu kämpfen, aber auch dieser Kampf wird ausgekämpft werden und wir werden dabei nicht nachgeben. (Bravo! bei den Soz.) Wir rechnen ja damit, daß Sie unsern Antrag ablehnen werden. Aber bedenken Sie: Es war in Preußen auch schon einmal anders. Damals hatten die Herren, die jetzt auf der Rechten sitzen, unter Strafverfolgungen zu leiden. Wenn sich das Blättchen einmal wieder wendet — und das geschieht immer im Laufe der Geschichte — dann werden wir nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, im Gegenteil, wenn wir es in der Hand hätten, wir würden Gnade üben. (Seiterkeit.) Aber es empfiehlt sich für Sie die Überlegung, ob Sie nicht in einer kurzfristigen Augenblicksentscheidung handeln, wenn Sie, doch auf Ihre Majoritätsstellung, auf Ihre unbedingte Herrschaftstellung in Preußen, unsern Antrag ablehnen. Wir hoffen darauf, daß diese Herrschaft bald gebrochen sein wird, und daß in Preußen bald ein Parlament geschaffen wird, das sich wirklich als Parlament fühlt und die Rechte des Volkes vertritt, die augenblicklich ausschließlich durch die sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten werden. (Lachen rechts, sehr wahr! bei den Soz.) Sie vertreten die Polizei, die Bureaucratie, das Militär, die sämtlichen Gewaltfaktoren Preußens. Sie vertreten nicht das Volk, selbst nicht, soweit es für Sie stimmt, denn das tut es nur unter Ihrem unerträglichen Terrorismus. (Lachen rechts, sehr wahr! bei den Soz.) Sie repräsentieren das Lausende überflüssig. (Rechts, Weisfall bei den Soz.)

Abg. v. Brandenstein (lonj.): Da die Bemerkungen des Vorredners zur Erwiderung keinen Anlaß geben (Lachen bei den Soz.), beschränke ich mich auf die Erklärung, daß wir gegen die Anträge stimmen.

Der Kommissionsantrag auf Ablehnung der Anträge wird hierauf angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge Hirsch (Soz.) und Schmieding (Ztr.), betreffend die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. — Der Antrag der Gemeindefunktionäre, die Regierung zu erlangen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach nicht jede auf Grund preussischer Gesetze gewährte Unterstützung eine Einwirkung auf öffentliche Rechte hat, wird debattelos angenommen.

Bei der Beratung der Denkschrift über die Ausführung der Gesetze betreffend die Bewilligung von Staatshilfen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für Arbeiter in staatlichen Betrieben und für gering bezahlte Staatsbeamte betont Abg. Hosenow (Ztr.), daß nach Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses nicht mehr ein so dringendes Bedürfnis vorliege, staatliche Mittel in derselben Höhe für den Beamtenwohnungsbau aufzuwenden. — Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Eine Petition des Vereins Witterer Haus- und Grundbesitzer um Deduktion der durch die Roburterplosion in Wittern im Jahre 1906 hervorgerufenen Schäden aus Staatsmitteln beantragt die Kommission der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Dieser Antrag wird angenommen.

Ueber eine weitere Petition eines oberbayerischen Wahlkomitees der Zentrumspartei um Gestattung des Gebrauchs der nichtdeutschen Sprache bei öffentlichen Versammlungen im Landkreis Ratisbon beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Stante (Ztr.) befürwortet einen Antrag, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Ihm sei es unmöglich gewesen, in öffentlichen Versammlungen von seinen Wählern Wünsche entgegenzunehmen, weil der Gebrauch der polnischen Sprache entgegen dem Gesetz verboten werde. (Hört, hört! im Zentrum.)

Abg. Weisermel (lonj.) spricht für den Antrag der Kommission.

Ein Regierungskommissar bekräftigt, daß in Oberschlesien ein wirkliches Bedürfnis für die Zulassung der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen vorliege.

Abg. Leinert (Soz.): Es handelt sich hier um eine Veranlassung der nicht deutschsprechenden Bevölkerung. Die Voraussetzungen des Vereinsgesetzes für die Zulassung der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen sind doch vollständig gegeben, denn es sind 60 Prozent nicht Deutschsprechende unter der Bevölkerung vorhanden. Im Reichstag ist diese Petition ebenfalls verhandelt worden und der Reichstag hat sie der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. (Hört, hört!) Jetzt wird die Frage, ob die 60 Prozent vorliegen oder nicht, durch die Landesbehörde entschieden. Wenn wir aber angesichts solcher im klaren Widerspruch zu dem Gesetz stehenden Tatsachen über die Petition zur Tagesordnung übergehen, so heißt das, das Gesetz den Verwaltungsbehörden anzuheften. Daher werden wir für die Ueberweisung zur Berücksichtigung stimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Stempelsteuervorlage, Vergeltung, Initiativvorträge, Petitionen.)

Schluss 4 Uhr.

Herrenhaus.

16. Sitzung vom Mittwoch, 23. Juni, mittags 1 Uhr.

Im Ministerrat: Beisler, v. Breitenbach.

Präsident Frhr. v. Manteuffel eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzentwurfs über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. Die Justizkommission hat an der Fassung des Abgeordnetenhauses die Abänderung vorgenommen, daß auch für die Lehrer und Lehrerinnen der Vorlesungen soll nicht, wie das Abgeordnetenhaus nach der Regierungsvorlage beschlossen hatte, der Schulverband.

Justizminister Beisler erklärt die Beschlüsse der Herrenhauskommission für die Staatsregierung für unannehmbar und bittet, die Fassung des Abgeordnetenhauses wieder herzustellen, die das allein Richtige getroffen habe. Die Regierung ist ihrerseits bereit, leistungsschwachen Schulverbänden Zuschüsse zu gewähren.

Dr. v. Plehwe begründet einen Antrag, die Regierungsvorlage in § 5 wieder herzustellen, also die Amtspflichtverletzungen von Lehrpersonen den Schulverbänden aufzulegen mit der Maßgabe, daß der Staat und ermögenden Schulverbänden die Mittel zur Leistung des Schadenersatzes für Amtspflichtverletzungen dieser Lehrpersonen gewähren soll.

Oberbürgermeister Niebe-Galle: Die Vorlage entbehrt jeder Konsequenz. Das Abgeordnetenhaus hat nur Inkonsistenzen in die Vorlage hineingebracht, insbesondere gilt das von der Stellung der Lehrer. Ist der Lehrer Gemeindebeamter oder ist er unmittelbarer Staatsbeamter? Beantwortet wird er jedenfalls vom Staat als unmittelbarer Staatsbeamter zu behandeln und dann die Haftung für die Amtspflichtverletzungen auf den Staat zu übernehmen. Für die Kommunen ist der Geldpunkt nicht ausschlaggebend, aber sie müssen sich dagegen wehren, daß ihnen täglich mehr und mehr Rechte gegenüber den Lehrern vom Staat genommen werden und immer neue Pflichten auferlegt werden.

Prof. Dr. Löning-Galle: Gegen den § 5 sprechen gewiß mancherlei Bedenken. Nachdem aber die Regierung die Uebernahme der Haftung für die Lehrer auf den Staat für unannehmbar erklärt hat, sollten wir das Gesetz, das einer elementaren Forderung der Gerechtigkeit entspricht, nicht scheitern lassen.

Oberbürgermeister Wilm-S. Rosen: Nicht die großen Gemeinden, die ohnehin eine Haftpflichtversicherung für ihre Beamten besitzen, sondern die kleinen Schulverbände würden geschädigt werden, wenn der Staat nicht die Haftung übernimmt.

Oberbürgermeister Dehler-Krefeld spricht sich in gleichem Sinne aus.

Justizminister Beisler vertritt nochmals die Regierungsvorlage.

Herzog zu Trochenberg und Graf Fink v. Finkenstein treten demgegenüber für den Kommissionsbeschluss ein.

Oberbürgermeister Bender-Breslau hält die Fassung des Staates für die Lehrer für das einzig Richtige, zumal sie auch nur eine minimale Belastung für den Staat ausmache.

Justizminister Beisler: Um die Kostenfrage handelt es sich nicht, sondern um ein wichtiges Prinzip. Würden wir den Kommissionsbeschluss annehmen, so würden wir die Lehrer tatsächlich zu unmittelbaren Staatsbeamten erklären.

Graf Botho zu Eulenburg: Die Lehrer sind für die Schulverbände tätig und die Schulverbände haben daher zu haften.

Staatsminister Dr. v. Studt: Die Lehrer haben zwar Rechte und Pflichten eines Staatsbeamten, aber sie sind deshalb noch keine Staatsbeamten.

In der Abstimmung wird der Antrag Löning-Plehwe abgelehnt, so daß es bei dem Kommissionsbeschluss verbleibt. In der Gesamtentscheidung wird die Vorlage angenommen.

Es folgt die Beratung der Schuldenabnahmenvorlage.

Mehrere Redner bringen lokale Wünsche vor.

Graf Fink v. Finkenstein: Die Behandlung der Raucher auf der Eisenbahn gibt zu erheblicher Mißstimmung Veranlassung. Die Raucher werden bevorzugt. Unsere Reformen auf dem Gebiet des Personentariifs sind weder geschickt noch gerecht. Sozialpolitik gehört nicht in das Verkehrsministerium. Es war falsch, die 4. Klasse von der Besteuerung freizulassen. Sozialpolitik wird überall getrieben, auch wo sie nicht hingehört. Das ist eine Art Demagogie, die wir auch bei der Erbschaftsteuer sehen. Man appelliert an die schlechten Eigenschaften der Menschen. Es ist bedauerlich, daß einige Gelehrte sich dazu vergeblich eine

berartige Agitation zu unterziehen. Nur angeborene Zucht und Ignoranz kann davon reden, daß der Grundbesitz Steuern hinterzieht.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Eisenbahn ist nicht lediglich eine Transportgesellschaft, denn sie arbeitet nicht in die eigene Tasche, sondern tut alles im allgemeinen Interesse.

Frhr. v. d. Goltz: Die Eisenbahnverwaltung zahlt ihren Arbeitern Löhne, die die Landwirtschaft nicht zahlen kann. Von der viel gewöhnlichen Sparbarkeit merkt man nichts. Auf dem Bahnhof in Stettin wurden die Lampen an einem Tage schon um 7 Uhr angezündet, als die Sonne erst 8 Uhr 24 unterging. (Seiterkeit.)

Die Vorlage wurde schließlich unverändert angenommen.

Die Nachrichten von dem Betriebe der unter der preussischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1907 werden nach einem Referat Dr. Wächter durch Kenntnisnahme erledigt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Schuldenabnahme, kleinere Vorlagen.)

Schluss: 6 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Betriebszeitungen. Im Zeitungswesen überholt eine Neuerung eine Gründung die andere. Neu ist es daher auch nicht, wenn Unternehmer großer Betriebe für das Personal ihrer Fabriken besondere Zeitungen drucken lassen, in denen die „Mittel der frommen patriarchalischen Denkungsart“ gegen das eindringende sozialdemokratische und gewerkschaftliche Drangsal wirksam verpaidt werden soll. Das ist noch ein Feld der Tätigkeit für die alte Kunst der Schmocks, und sie bieten daher den Unternehmern ihre Profitierenddienste an. Einen solchen Säugling der Unternehmerrsonne das „Hamburger Echo“ genannt machen und seinen Plan der Denkschrift preisgeben. Ein Schriftsteller Georg Haase verleiht an Großindustriellen, Fabrikanten, Birkularen, in denen er sich zur Anfertigung solcher Betriebszeitungen anbietet, die je nach dem Namen des Betriebes den Titel als: „Betriebszeitung für die Angestellten und Arbeiter von“ tragen soll. Als „Vertraulich“ teilt er mit:

„Diese Zeitschrift soll nun außerdem von einem Geiste durchweht sein, welcher dem bekannten jenseitigen Geiste der sonst von den Arbeitern gelefenen Blätter unauffällig, aber sicher entgegenwirkt. In vorstichtiger Weise, ohne daß der Leser die Absicht merkt, also in der Regel auch ohne daß die Sozialdemokratie genannt wird, soll den vermeintlich wissenschaftlichen Fundamenten der sozialdemokratischen Parteilehre entgegengearbeitet werden. In einer Rubrik „Tagesfragen“ „Wirtschaftliches“ oder „Rechtliches“ kann jedoch zuweilen offen der Standpunkt des Unternehmers erläutert und begründet werden, wenn auch vielleicht nur durch bemerkenswerte Zitate aus Unternehmerrblättern, welche Auslassungen der Arbeiterpresse lorrigerend gegenübergestellt werden. Durch diese Betriebszeitungen wird dann erreicht, daß der Arbeiter nicht mehr einseitig informiert bleibt. Man hat ja schon oft beklagt, daß der Arbeiter nichts anderes zu lesen bekommt, als die sozialdemokratische Presse, und daß diese Einseitigkeit zu der vollkommenen Verantwörtlichkeit führt, in welcher die meisten Arbeiter dem Unternehmertum gegenüber befangen sind.“

Diese Betriebszeitung, die 8 bis 12 Seiten stark pro Stück 3 bis 4 Bg. kosten würde, könnte, so meint Herr Haase, der Unternehmer als eine dem Arbeiter in diesem geringen Betrage gewährte wöchentliche Lohnzulage betrachten, während der Wert der erzielten Ziele überhaupt unschätzbar sein wird.

Wie ersichtlich, schäht der Herr sein „neues“ Unternehmen gar nicht gering sein. Ob aber das neue Spiel, das er den Arbeitern bringen will, bei diesen Anlang findet, ist billig zu bezweifeln. Nach unseren Erfahrungen wissen die Arbeiter verglichen durch die Unternehmern ihnen aufgedungene literarische Erzeugnisse durch entsprechende Benutzung zu bestimmten Zwecken zwar zu würdigen, sie schätzen aber ihre Arbeiterzeitungen, deren Lesen ihnen kein Unternehmerrverboten kann.

Von der Anlage des Vergehens gegen § 153 G.-O. freigesprochen. Im November v. J. kam es bei der Steinfirma Lohse in Chemnitz zum Streit, weil die Firma von den Gehilfen Leistungen verlangte, die eine Durchbrechung des Tarifs bedeuteten hätten. Da beklagte sich die Firma, daß sie mit dem Steinfirma Michael in Leipzig früher einmal wegen Arbeitsübernahme ein Uebereinkommen getroffen habe. Dieser Mann machte den Richter in der Not und brachte vier organisierte Steinfirma aus Leipzig nach Chemnitz mit. Der Vorstehende der Steinfirmaorganisation aus Leipzig, Franke, kam nach Leipzig, um seine Kollegen über den wahren Stand der Dinge aufzuklären. In einer Zusammenkunft der Steinfirma machte er die Mitglieder auf die Folgen des Streikbruchs aufmerksam und wies darauf hin, daß sie den Ausschluß aus dem Verbands zu gewärtigen hätten, wenn sie weiter so handelten.

Den Steinfirma Michael, der übrigens in Freiberg bei einem Streik vom Verband eine Entschädigung erhalten und nachher doch die betreffende Arbeit fertig gemacht hatte, soll Franke Streikbrecher und Streikbrecheragent genannt haben.

In der Schöffengerichtsverhandlung waren die Aussagen der Entlassungseigenen bedeutungslos, dagegen hatten zwei in Leipzig zu Protokoll vernommene Zeugen unter ihrem Eid ausgesagt, daß sie sich mit der Ankündigung des Ausschusses aus dem Verbands weber bedroht, noch bedroht gefühlt hätten, zumal sie die einschlägigen Bestimmungen des Statuts gekannt hätten; Franke's Aufgabe als Vorstehender der Organisation sei es gewesen, für die Aufrechterhaltung des Statuts zu sorgen.

Wegen Vergehens gegen den § 153 der G.-O. kam das Gericht zur Freisprechung, da ein widerrechtlicher Zwang nicht vorgelegen habe. Der Angeklagte habe sich für berechtigt gehalten, auf den Ausschluß hinzuwirken. Wegen der Beleidigung Michaels, die in den Worten „gemeiner Streikbrecher“ und „Streikbrecheragent“ liege, erkannte das Gericht auf 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis.

Bemerkte sei übrigens, daß an Gerichtsstelle zur Sprache kam, daß Michael schon öfter Leute an bedrohte Orte geschickt hat, ohne sie darüber aufzuklären, daß dort gestreikt wird.

Vom Reichsvereinsgesetz. Der Gelehrte Brülling in Dortmund wurde in der Berufungsinstanz von der Strafkammer in Dortmund mit 15 Mark Geldstrafe belegt, weil er eine Brauereiarbeiterversammlung, die zu der Biersteuer Stellung nehmen sollte, nicht angemeldet hatte. In der Urteilsbegründung heißt es, die Befämpfung der Biersteuer durch Resolutionen sei eine politische Angelegenheit, weil dadurch an die Gesetzgebung appelliert werde. Deshalb sei die Versammlung eine politische gewesen.

Der Terrorismus der Hamburger Baunternehmer zeitigt nachgerade wunderbare Blüten, verlagert aber im Kampfe gegen die Arbeiter. In den letzten Tagen ist vom Baugewerkeverband ein umfangreiches Birkular an die Unternehmer und Baumatcrial-Lieferanten in ganz Deutschland verbreitet worden. Das Birkular ist überschrieben: „Arbeits- und Materialperre im Baugewerbe des Vierstädte-Bezirks.“ In diesem Birkular verurteilt der Vorsitzende des Baugewerkeverbandes zu Hamburg, die Tatsachen einfach auf den Kopf zu stellen. Herr Lummert schreibt:

„Die Veranlassung zu der Ausperrung sind die Forderungen der Maurergesellen, Zimmergesellen, Bauhilfsarbeiter, Betonarbeiter und Zementierer auf Lohnerhöhung. Ursprünglich waren die Forderungen auch auf Arbeitszeitverkürzung, daneben aber auf eine ganz unbedingte Lohnerhöhung gerichtet. Diese dreifachen Forderungen wurden später allerdings ermäßigt.“

Den eigentlichen Grund verschweigt Herr Lummert wohlweislich; wollte er die Tatsachen wahrheitsgemäß berichten, dann müßte er eingestehen, daß die Unternehmer zunächst den Betonarbeitern und Zementierern 5 bis 10 Bg. am Stundenlohn ab-

gezogen haben, wodurch gemacht haben. Inter-

schreibt:

„Der Verlauf von demnach für das ganze Bedeutung.“

Auch wird das Schriftschreiben beprochen und anderen Kontrollvorrichtungen in Hamburg ausgesprochen. Der Schreiber Johann den Terrorismus nennt er eine „gute ergfolgenden Sach hervorge-

„Wir haben gegen getroffen, die in Vermahnungen eine red haben.“

Das Rundschreiben „Unser Arbeitsperre Solidarität der Baun haben die Materialperre werter Einmütigkeit zu kurzer Zeit auch die stehenden stilligen mer unsere Arbeitsperre

Nichtstdestoweniger Forderungen bestehen, unterstützung zur Vermals bringend die An hier abgelehnen und den Betrieben unserer Mit t

Der letzte Satz entläßt reichliche Geldm vorhanden sind, ist rich die der Vorstand des Ausperrung zu vergr Teilweise hat sich die Laufe der letzten Wochen Maurer Sonnabend, stützen, wo hingegen auf stützen waren infusive Tatsache geht den Letzte Strich, weshalb sie Terrorismus greifen.

Die Maurer und Streik.

Die Asphaltreue un ausständig geworden, haben, die Verhandlung Tarif zu verschleppen. Arbeitszeit, für Vor 55 Bg. und für Neu ständig sind etwa 200

Die Maurer in der Arbeit niedergelegt, 9 1/2 stündige Arbeitszeit ten. Von den 150 U Unternehmern die Forderungen der Maurer schon zu den

Zum Streik der hiesigen Volksgenossen. Die Elemente, genannt in seinen Verfasser kenn

Deinen Brief un erhalten. Es tut

Revoluer nicht Schuß von dem du leicht doch noch 3

mir die Augen lann es sind doch bloß heraus nimmt jo ich besten in einer Paipane und vermid ein m lappen d und legte dabe morgen von 2 ich 5 Mk. schiden da ich Woche schid ich wenn es geld muß ich es behalten kann ich es deshalb muß ich es tag kein Revol du bei der Wa zungen einen dier keinen P dier wenn du b ver schiden. Es ist der ist bei mir.

Polizei sagt i Sie Euch was w thut er so leicht nicht ich gewöhnen bin h is ich die Wa papier verbad ich ordnung sein. schid ich es noch mal erw anders wir gehen n ist was gefällig die

Wenn es die Zei Schube in Hamburg ren Aufenthalt habe papier haben n wir bezahlen. Es g

Schide mir die e Wir meinen „Der gehen, den „Revolver- schein.“ Unterhaben hört an den Pranger Josef plaudert übrigen Polizei. Freilich übri hauptungen des Revol sich darüber mit iherr artige Moralbegriffe

ac. Der Maurer seit mehreren Wochen an. In der bürgerli „Streikbrüder“ geheb macht. Die Unterneh willige anzuwenden.

Erstbrud an die sich erklären. Die Mau führung des Reunfl

kg. Gesundheitl maßl. Im Anschluß beim Abendmahl ist in von Dr. Uhlig ein and achtung verdient. Nicht fordern auch durch die eine Uebertragung von nimmt mit der in seiner die Hofste, bringt sie offneten Mund ein ur

geborene Lumm-
der Grundbesitz
die Eisenbahn ist
meinen Interesse.
tation zählt ihren
ahlen kann. Von
nichts. Auf dem
einem Tage schon
Ihr 24 unterging.

angenommen.
der preussischen
den Staatswerke
nem Minister Dr.
nnerstag 12 Uhr.

ung.

erholt eine Neue-
ist es daher auch
r das Personal
en, in denen die
sichert" gegen das
sachliche Drachen-
noch ein Feld der
so sie bieten daher
n. Einen solchen
urger Echo" nam-
heit preisgeben.
an Großindustrie-
Anfertigung fol-
dem Namen des
e die Angestellten
als "Vertraulich"

von einem Geiste
enden Geiste der
unaufrichtig, aber
e, ohne daß der
uch ohne daß die
emeintlich wissen-
schen Parteilehre
al "Tagesfragen",
jedoch zuweilen
rklärt und be-
durch bemerkens-
ge Auslassungen
gestellt werden.
erreicht, daß der
töt. Man hat ja
andere zu lesen
e, und daß diese
ntheit führt, in
nertum gegenüber

stark pro Stüd
Herr Saage, der
geringen Beträge
ährend der Wert
n wird.

es" Unternehmen
das er den Ar-
bet, ist billig zu
ten die Arbeiter
brungen litera-
zu bestimmten
r ihre Arbeiter-
verbieten kann.

153 G.-D. freige-
Steinlehnma-
ma von den Ge-
sungen des Tarifs
daß sie mit dem
al wegen Arbeits-
e. Dieser Mann
vier organisierte
der Vorstände der
am nach Leipzig,
die Dinge auszu-
ber machte er die
aufmerksam und
dem Verbands zu
ten.

in Freiberg bei
erhalten und
emacht hatte, soll
genannt haben.

en die Auslagen
hatten zwei in
r ihrem Eid aus-
Ausschlusses aus
gefaßt hätten, zu-
Statuts gekannt
der Organisation
Statuts zu sorgen.
am das Gericht
zwang nicht vor-
erachtet gehalten.
der Verleumdung
treibhacker" und
cht auf 30 Mark

elle zur Sprache
die Drie geschick
gestreift wird.

Brülling in
von der Straf-
belegt, weil er
der Viehsteuer

te. In der Ver-
e. In der Ar-
Viehsteuer durch
weil dadurch an
rei die Versamm-

Unternehmer zeitigt
im Kampfe gegen
anwerbeverband
chmer und Bau-
erbreitet worden.
Materialien
diesem Zirkular
des zu Hamburg,
Herr Lummert

die Forderungen
Sarbeiter, Beton-
g. Ursprünglich
rklärung, daneben
gerichtet. Diese
3 ermäßigt. Die
Lummert wohl-
schichten, dann
nächst den Beton-
Stundenlohn ab-

bezogen haben, wodurch sie sich eines Vertragsbruches schuldig gemacht haben. Interessant ist, daß Herr Lummert weiter schreibt:

Der Verlauf von uns ausgesprochener Arbeitsperre ist demnach für das ganze deutsche Baugewerbe von weitgehender Bedeutung.

Auch wird das System der schwarzen Listen in dem Rundschreiben beibehalten und seine Wirkung in Verbindung mit noch anderen Kontrollvorrichtungen vergrößert; die Einstellung der in Hamburg ausgeübten Arbeiter soll dadurch verhindert werden. Der Schreiber oder Unterzeichner des Zirkulars preist Johann den Terrorismus. Den Erfolg dieser Gewaltmaßregeln nennt er eine "gute erzieherische Wirkung", wie aus dem nachfolgenden Satz hervorgeht:

Wir haben gegen unsere Kollegen die härtesten Maßregeln getroffen, die in Verbindung mit unseren fortgesetzten Ermahnungen eine recht gute erzieherische Wirkung ausgeübt haben.

Das Rundschreiben schließt:

Unsere Arbeitsperre steht unter dem günstigen Zeichen der Solidarität der Baumaterialien-Lieferanten. Die Lieferanten haben die Materialperre mit aller Energie und mit lobenswerter Einnützigkeit zur Anwendung gebracht, so daß binnen kurzer Zeit auch die Betriebe der Abtrünnigen und Außenstehenden stillgelegt werden. Im übrigen dürfen wir schon jetzt unsere Arbeitsperre als eine radikale bezeichnen!

Nichtbestehender werden die Arbeiter-Verbände auf ihren Forderungen bestehen, da ihnen reichliche Geldmittel zur Streikunterstützung zur Verfügung stehen. Darum fordern wir nochmals dringend die Anwendung der äußersten Mittel, um die hier abgelehnten und zureichenden Geissen von der Arbeit in den Betrieben unserer auswärtigen Kollegen fernzuhalten.

Mit folgend. Gruß!

Baugewerbe-Verband zu Hamburg.

H. Lummert, Vorsitzender.

Der letzte Satz enthält sicher eine Wahrheit, denn daß vorläufig reichliche Geldmittel bei den Arbeitern des Baugewerbes vorhanden sind, ist richtig. Trotz der gewaltigen Anstrengungen, die der Vorstand des Baugewerbe-Verbandes macht, um die Ausperrung zu vergrößern, will ihm dieses nicht gelingen. Teilweise hat sich die Zahl der zu unterstützenden Arbeiter im Laufe der letzten Woche sogar verringert, so hatten z. B. die Maurer Sonnabend, 12. Juni, 3126 Mitglieder zu unterstützen, wo hingegen am 19. Juni nur 2780 Personen zu unterstützen waren inklusive Betonarbeiter und Blattnarbeiter. Diese Tatsache geht den Leitern des Arbeitgeber-Verbandes wider den Strich, weshalb sie nun zur Anwendung eines forcierten Terrorismus greifen.

Die Maurer und Bauhilfsarbeiter in Ahten stehen im Streik.

Die Asphaltierer und Dachdecker in Leipzig sind Dienstag ausständig geworden, weil die Unternehmer es verstanden haben, die Verhandlungen über den schon im April eingereichten Tarif zu verschleppen. Die Arbeiter fordern die 9-stündige Arbeitszeit, für Roharbeiter 65 Pfg., für sonstige Arbeiter 55 Pfg. und für Neueinsteiger 52 Pfg. Stundenlohn. Ausständig sind etwa 200 Mann.

Die Maurer in Buxtehude bei Leipzig haben am Montag die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer ihre Forderung: 9-stündige Arbeitszeit mit 55 Pfg. Stundenlohn, nicht bewilligten. Von den 150 Ausständigen reisten 33 ab. Da mehrere Unternehmer die Forderungen bewilligten, arbeitet ein Teil der Maurer schon zu den neuen Bedingungen.

Zum Streik der städtischen Arbeiter in Kiel bringt der "Eiserne Volksfreund" diesen zweiten Brief eines der "nützlichen" Elemente, genannt Arbeitswillige, der genau so wie der erste seinen Verfasser kennzeichnet:

Kiel, 17. 6. 09.

Liebe Mutter!

Deinen Brief und Paket habe ich am Donnerstagabend erhalten. Es tut mir sehr leid, daß du mir den Revolver nicht geschickt hast. Der Polizeiliche Schutz von dem du schreibst ist nicht weit her, es dauert vielleicht doch noch 3 Wochen, deshalb sei so gut und schick ihn mir die Kugeln kannst du doch von einem herausnehmen lassen es sind doch bloß Patrone drin. Wenn es niemand heraus nimmt so schick es so in einer Zigarettenschale oder am besten in einer Papischachtel verpackt Sie mit Lappen und hohelspane und verwickle den Revolver noch extra mit einem Lappen die Kugel tue alleine eindrehen und leg sie dabei. Geld bekomme ich Freitag den 18. also morgen von 2 schicke ungefähr 9.50 Mk. davon will ich dir 5 Mk. schicken da ich mir noch einige Sachen kaufen muß nächste Woche schick ich wenn es nötig ist mehr sonst lag ich es stehen es geld ist sicher da es Städtisch ist also schreibe Antwort behalten kann ich nicht viel Geld da es leicht gestohlen wird deshalb muß ich es schicken oder lassen. Wenn bis Montag kein Revolver und Brief kommt welchen du bei der Waffe legen kannst so bin ich gezwungen einen neuen zu kaufen und ich kann dir keinen Pfennig schicken. Also es liegt an dir wenn du bloß willst kannst du den Revolver schicken. Es ist eine Lüge daß Schied festgenommen ist der ist bei mir. Waffen dürfen wir tragen die Polizei sagt schick oder schlag sie tot wenn Sie Euch was wollen. Deshalb schick ihn nur entladen thut er so leicht nicht. Was ich geschrieben habe muß ich da ich gezwungen bin halten. Es kommt eher kein Geld bis ich die Waffe habe. Den Koton tu mit ein papapier verpacken ich denke bis Sonntag werden wir beide in ordnung sein. schick also sofort ab. Es tut mir sehr leid daß ich es noch mal erwähnen mußte mit der Waffe es geht nicht anders wir gehen manchmal abends in die Stadt und dann ist was gefällig öfter.

Wenn es die Zeit anhält so laß ich mir einen Anzug und Schuhe in Hamburg oder Essen wie wir in Hamburg längere Aufenthalt haben. Ich schreibe noch öfter, Karten und papier haben wir umsonst nur Freimarken müssen wir bezahlen. Es grüßt dich herzlich Josef.

Schick mir die Waffe und es wird schon wider gehen. Wir meinen "Der Volksfreund" sollte nachgerade dazu übergehen, den "Revolver-Josef" mit vollem Namen zu nennen, bei welchem "Mutterkaben" ist jede Schöpfung unangebracht, er gehört an den Branger der Öffentlichkeit. Der "braue" Revolver-Josef plaudert übrigens ganz nette Sachen aus über die Kieler Polizei. Freilich lehnen wir die Verantwortung für die Behauptungen des Revolver-Josef ab. Die Kieler Polizei mag sich darüber mit ihrem Schützling auseinanderlegen, ob sie derartige Moralgegriffe lehrt, wie sie der Revolverheld mittelt.

ac. Der Maurerstreik in Winterthur (Schweiz), der schon seit mehreren Wochen andauert, nimmt immer schärfere Formen an. In der bürgerlichen Presse wird auf das ärgste gegen die "Streikbrüder" gehetzt, starke Polizeiaufgebote sind mobil gemacht. Die Unternehmer suchen im In- und Auslande Arbeitswillige anzuwerben. Dieser Tage kamen 56 Arbeiter aus Jansbrud an die sich aber mit den Streikenden sofort solidarisch erklärten. Die Maurer halten an ihrer Forderung, Einführung des Neunstundenlages, fest.

Vermischtes.

ktg. Gesundheitliche Gefahren durch Hostien beim Abendmahl. Im Anschluß an den Kampf gegen den gemeinsamen Kelch beim Abendmahl ist in dem ärztlichen Korrespondenzblatt für Sachsen von Dr. Uhlig ein anderer Punkt berührt, der ebenfalls vollste Beachtung verdient. Nicht allein der Kelch birgt eine Ansteckungsgefahr, sondern auch durch die Art und Weise der Verabreichung der Hostie ist eine Übertragung von Krankheitskeimen möglich. Der Geistliche nimmt mit der in seiner Wohnung gereinigten Hand aus dem Behälter die Hostie, bringt sie dem Kommunikanten möglichst tief in den geöffneten Mund ein und berührt sie tief an den Gaumen, denn nach

katholischem Ritus soll die Hostie nicht mit den Zähnen und der Zunge berührt werden. Dies wiederholt sich während der ganzen Feier. Die Hand geht von Mund zu Mund ohne dazwischenliegende Reinigung der Hand. Daß dadurch eine Verührung der Wandung der Mundhöhle selbst, damit eine Übertragung von Speichel und Krankheitskeimen von Person zu Person und somit Ansteckungsgefahr nicht ausgeschlossen ist, dürfte zweifellos sein. Diese Art der Verabreichung der Hostie läßt sich daher ebenfalls nicht mit den sanitären Anschauungen vereinigen.

Der Frauenmord in Newyork. Die Einzelheiten, die über die aufsehenerregende Bluttat an Miß Elsie Siegel bekannt werden, machen die Annahme, daß man es in dem chinesischen Mörder des Mädchens mit einem Don Juan ersten Ranges zu tun hat, zur Gewißheit, eines Don Juans, der in der amerikanischen Damenwelt unerhörte Erfolge davon getragen. Das bezeugen zur Genüge die 2000 in unzweideutigem Tone gehaltenen Briefe von schöner Hand, die die Polizei in der Wohnung des vermeintlichen Mörders beschlagnahmte; diese 2000 überwiegend wuscheligen Liebesbriefe lassen weiterhin keinen Zweifel, daß der Mörder aus der Brandstiftung weißer Frauen ein systematisch betriebenes Gewerbe gemacht hat. Der Tatort befindet sich in einem vierstöckigen Gebäude in der Eight-Avenue, in dem ein chinesisches Restaurant und Logierhaus liegen. Hier wohnte der mutmaßliche Täter, der Chineser Lee Liu, der sich völlig amerikanisiert und bei dem Uebertritt zum Christentum in einen William L. Leon gewandelt hatte. Er hatte vor einiger Zeit bereits Miß Siegel in Gegenwart ihrer Mutter geweißt, daß sie voraussichtlich das Opfer einer blutigen Tragödie werden würde. Fräulein Siegel, die sich im Verein mit ihrer Mutter seit geraumer Zeit schon der Mission unter den Chinesen widmet, ist väterlicherseits deutscher Abstammung. Ihr Großvater war der in Amerika wohlbekannte General Franz Siegel, der nach dem bapdischen Aufstand 1849 nach Amerika flüchtete, an dem amerikanischen Bürgerkrieg hervorragenden Anteil nahm und im Jahre 1902 in Newyork starb. Miß Siegel verließ das Elternhaus am 9. Juni und beruhigte die Eltern über ihre verspätete Rückkehr durch ein Telegramm mit der Meldung: "Seid ohne Sorge, bin Sonntag wieder zu Haus." Man weiß jetzt, daß Leon nach der Ermordung des Mädchens dieses Telegramm absandte, um Zeit und Ruhe zur Flucht zu gewinnen. Daß diese

Flucht in aller Eile bewerkstelligt wurde, beweist der Umstand, daß er seine Liebeskorrespondenz fein säuberlich in blauebünderten Päckchen geordnet zurückgelassen hat. Unter diesen von der Polizei beschlagnahmten Briefen befindet sich eine große Zahl dieselbe Handschrift aufweisender Briefe, die die Aufschrift "Lieber William" und "Lieber Leon" zeigen und teils "Mellie", teils "Elsie" unterzeichnet sind. Einer dieser letzten jüngeren Datums trägt Miß Siegels Adresse und hat folgenden Inhalt: "Es scheint, daß Sie mir tüchtiger gegenüberstehen. Denken Sie doch an die Opfer, die ich Ihnen auf Kosten meiner Verwandten und Freunde gebracht habe. Um Gottes Barmherzigkeit willen verlassen Sie mich nicht!" Ähnlich lautet eine Reihe anderer Briefe liebevoller Chinesenverehrern, darunter ein Telegramm jüngsten Datums aus Brooklyn mit der dringenden Aufforderung: "Ich bin sehr krank. Schick mir umgehend Geld, Mellie." Der Besitzer des chinesischen Logierhauses, der die Polizei auf die Spur des Verbrechers führte, ist verschwunden und wird eifrig von der Polizei gesucht, die selbstverständlich auch eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet, des Frauenmörders habhaft zu werden. Sie vermutet, daß der des Mordes an Miß Siegel verdächtige Leon sich an Bord eines Schiffes befindet, das vor etwa acht Tagen nach Vancouver mit einer ganzen Anzahl chinesischer Passagiere abgefahren ist, und hat nach Colon entsprechende Weisungen gelangen lassen, die an Bord befindlichen Chinesen bei Ankunft des Schiffes in Haft zu nehmen.

Briefkasten der Expedition.

Achtung, Filialexpedienten! Die Filialexpedienten, welche die Zeitungen durch die Post überwiesen bekommen, werden daran erinnert, daß sie bis zum 25. angeben müssen, wieviel Zeitungen sie für Juli gebrauchen.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Wegen Uebernahme eines Groß-Geschäftes und Ankunst zweier Waggons Einmachetöpfe und Einmachegläser muß ich in meinen Lagerräumen Platz schaffen, bin gezwungen, einige

Ausnahme-Tage

zu machen und stellen viele Waren zu und unter Fabriks-Einkauf zum Verkauf.

3419

Steingut:

Große Teller	10, 8, 5
Kleine Teller	8, 6, 3
Untertassen	5, 3
Große Tassen	18, 10, 8
Rümpfe	15, 10, 5, 2
Raffee Kannen	45, 25, 15
Zink-Wannen	2,98, 1,98, 1,20, 98
Zink-Waschkessel	3,45, 2,45, 1,98
Zink-Eimer	1,10, 1,00, 90

Emaillé-Waren

(nur prima):

Eimer, groß,	1,28, 98
Rohtöpfe, groß,	1,98, 1,25
Waschküchen, groß,	70, 60, 45
Raffee Kannen, groß,	1,25, 98, 65
Ein Posten Raffee-Service, bunt,	9 teilig, nur 1,98
Ein Posten Handtuchhalter	98, 78, 58, 48
Ein Posten Biergläser	15, 10, 5, 3
Ein Posten Vörlögläser	10, 6, 3
Ein Posten Glasteller	15, 10, 6
Ein Posten Lampenbrenner	nur 20

Ein Posten Emaille-Schäumer oder Füllen	nur 15
Ein Posten Blumentöpfe	15, 10, 6, 3
Ein Posten Milchtöpfe	20, 15, 8
Ein Posten Bilderrahmen	50, 40, 30, 20
Ein Posten einzelne Tonnen	nur 20
Ein Posten Wasch-Service	nur 1,98, 2,48
Ein Posten Postkarten-Alben	nur 1,98, 1,48, 98
Ein Posten Handseger	48, 20
Ein Posten Besen	48, 38
Ein Posten Haarbürsten	98, 75
Ein Posten große Schrubber	48, 38, 28
Ein Posten Wachsstücke,	1 Mtr. breit, nur 98
Ein Posten Eß- und Teelöffel	20, 15, 10, 5, 3
Ein Posten Messer oder Gabeln	30, 20, 10
Ein Posten Spantörbe, groß,	30, 20, 15
Ein Posten Markttaschen	1,48, 98, 42
Ein Posten Tischlampen	3,72, 2,48, 1,48, 98

sowie sämtl. Haushalt- u. Geschenk-Artikel.

Wiederverkäufer u. Brautleute erhalten 10% Rabatt.

Max Langendorf

Steinstr. 3/5.

Bahnhofstr. 19.



Sind Sie
ergrimmt?

über die schlechte
Beschaffenheit Ihres Rades,
so fahren Sie fortan die
gediegene Marke

Dürkopp

Hauptvertreter:

C. Brakemeier

Rohrteichstr. 72. Teleph. 874.

2019

Buchhandlung „Volkswohl“,
Giesfeld, Schulstraße 20.

hält folgende

Gesetzesführer

vorrätig:

Führer durch das Invaliden-

versicherungs-Gesetz. Preis

30 J., Porto 3 J.

Führer durch das Gewerbe-

unfallverl.-Gesetz. Preis 25 J.,

Porto 3 J.

Führer durch das Bau-Unfall-

verl.-Gesetz. Preis 30 J.,

Porto 3 J.

Führer durch das Unfallver-

sicherungsgesetz für Land- und

Forstwirtschaft. Preis 25 J.,

Porto 3 J.

Die 99 Hauptfragen der Unfall-

versicherung. Preis 20 J.,

Porto 3 J.

Führer durch das Krankenverl.-

Gesetz. Preis 30 J., Porto

3 J.

Führer durch das Vereinsgesetz.

Preis 50 J., Porto 5 J.

Führer für den Militärpflicht-

igen. Preis 30 J., Porto

5 J.

Die Rechte und Pflichten des

Mieters. Von Richard

Lipinski. Preis 20 J.,

Porto 3 J.

Führer durch die Strafprozeß-

ordnung. Preis 40 J., Porto

3 J.

In der Buchhandlung Volkswohl

ist zu haben:

Der historische Materialismus

Für Arbeiter erklärt von

Hermann Bortier.

Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Sommertheater.
(Brinkhoffs Tonhalle.)
Heute, abends 8 1/2 Uhr:
— Zum 1. Male! —
Johannisfeuer.
Schauspiel in 4 Akten v. H. Sudermann.
Freitag, den 25. Juni 1909,
Anfang 8 1/2 Uhr:
— Zum zweiten Male! —
Der Dummkopf.
Lustspiel in 5 Akten, von Ludw. Zula.

Städt. Orchester.
Freitag, den 25. Juni,
abends 8 1/2 Uhr: [3400]
15. Abonnements-Konzert
der Schützengesellschaft
auf dem Johannisberg.
Vorverkaufskarten haben nur für
Mitglieder Gültigkeit. An der Kasse
50 Pfennig.

An Hautkrankheiten, Pickel, Kopf-
ausschlag, Flechten, offene Beine
Schnell erhalten Rat, wie sie schnell
u. gründlich von ihren Leiden befreit
werden. **Müller, Serfordstr.**
neben Stadtheiligschule. 3118

Das Tagesgespräch von Bielefeld bildet die **Hagenbeck-Schau**

Täglich abends 8 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung.
Mittwoch, Sonnabend und Sonntag:
Gr. Nachmittags-Vorstellung um 4 Uhr.
Täglich vormittags von 10-12 1/2 Uhr:
Hochinteressante Proben, Besichtigung u. Fütterung.
Sonntags keine Probe, nur Besichtigung
von 11-12 1/2 Uhr gegen das bekannte Entree.

Billetts im Vorverkauf für die Abend-Vorstellungen bis täglich abends 6 Uhr bei:
M. Niemeyer, Zahnplatz, Rud. Fiedler, Alter Markt und für alle Vorstellungen
an der Tageskasse. 3367

Nur bis 28. Juni. Fernruf 479. Nur bis 28. Juni.

Die Hefte
vom
„Tagebuch einer Verlorenen“
sind eingetroffen und können von den Bestellern in Empfang
genommen werden.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Sieben erschienen
und in der Buchhandlung „Volkswacht“ zu haben:
1889.
Die erste Erhebung der Bergarbeiter.
Zur Erinnerung an den großen
Bergarbeiterstreik vor 20 Jahren
von
Anton Fredenbeck.
Preis 20 Pfennig. — Porto nach auswärts 3 Pfennig.

Zimmerstr. Bielefelder Schreibstube. Fernspr.
Nr. 19. Nr. 292.
Anfertigung von schriftlichen Arbeiten aller Art mittelst Hand und
Schreibmaschine. Adressen, Abschriften, Vervielfältigungen etc.
Um Aufträge wird freundlichst gebeten.

Nr. 144.

Partei

Die Arbeiter Europas
nationale Sozialistische Be-
stehende Besuchsreise des
Arbeiterpartei der ver-
In einigen Tagen
Neuen, eine Reise durch
nach Schweden, nach Eng-
begeben.
Die Massenbewegung
einfach als eine alltägliche
offiziellen Diplomatie bei-
rungen erfüllen lediglich
der Arbeiterklasse und der
aber die Völker selbst können
Gast ansehen. Besonders
wieder und laut das zu jag-
ihrer Mitbürger in den
wiederholen.

Bereits hat sich eine S-
Genossen Branting, der
französischen in England
Bereits haben in England
der Arbeiterpartei be-
anstellen, und Will Thor-
findungen im Parlament
Frankreich und Italien
können beim Einzug des-
aktion verkörpert und des-
ist nicht nur für Russland,
ation überhaupt. Hat de-
ihnen die Freiheit zu ge-
nicht, statt eine Parame-
finanzen eine gesunde Grun-
den gestützt und im Ge-
organisierte Minderzahl
Hat er nicht, statt in einer
Bewegung weder lesen n-
Kräften zu fördern, eine
und ohne Erbarmen die op-
Vollsbildung verfolgt? H-
Gewährung der Freiheit be-
vielfacht? Er hat sich de-
Reine vertrieben, demie-
würde Tätigkeit in der
politischen Worte besteht.
Und für diese schändliche
ein Meer von Spinnweben,
geworden ist. Die Agzwa-
den Schleier gelüftet. Die
bed, fütlich verkauft und
Schließlich hat die kürz-
pellation gezeigt, daß die
wendung von Bedrohung
Zweide, falsche Angaben an
Befehl der höchsten Stellen
gegen die Gefangenen An-
die in vielen Fällen den T-
Gefängnisdirektoren schick-
Reiter auf die gefangenen
wehren können. Zur Stun-
größten Teile der Gefänge-
forderungen in seiner W-
schlecht oder nicht genügenden
Anzahl von Menschen in
Februar 1909 gab es dort
noch nicht für die Hälfte
Schwindel und Kerker
und die Gefängnisse, die er
den schließlich zum Grab-
Kriegshelden für die über-

Verbun

Roman

48
Zwei Tage später, des
Ausgehen gerichtet, als ihn
dringend zu sprechen wün-
Es war Artur, der
ihm nur einen kräftigen
Worten in einen Sessel w-
Er war in Zivil. In
mit dem aufgewirbelten bl-
die Spuren der schlecht ver-
Vor einigen Stunden erst
sich im Hotel von der Re-
und war dann sofort hier
passien.
Alles das erzählte er h-
schen, der viel auf dem Her-
nicht rasch genug über di-
Ich hätte dich am lieb-
hatte im Augenblick nur de-
bitte, wenn ich dich hier je-
Damit erhob er sich w-
namlos gegen diese neue Un-
hier nur so aussehen könn-
und schlanker als Felix, in
Bewegungen, die für einen
„Aber was heißt ent-
ihm entgegen, „du kannst
mir bist.“
„Wirklich? Na hör’ r-
zweifeln.“ Er blieb stehen
beobachte Felix mit einem
sprach als nur Ungläubige
gemacht hast, ist es mir
anzujucken. Aber in der
Göße des Bucherers ge-
„Du wirst beleidigend
Treppe tiefer, das ist doch
Vorübergehen den Namen
hast seine Tochter zur Fr-
bricht ein ganzes Verlo-
geblieben, also haben die
fähig zu behandeln.“
„Bruder!“

Detmold.

Einfache sowie bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
liefere zu billigem Preise. 3408
Langjährige Garantie. — Besichtigung meiner
grossen Lager erbeten.

Carl Bruns, Detmold
Lemgoerstrasse 6. Fernsprecher 229.
Franko-Lieferung durch eigenes Gespann.
Laden Parterre und 1. Etage. Lagerhaus mit 3 Etagen.

Wilh. Eggen, Detmold,
3409 Krummestrasse 4.
**Zigarren, Zigaretten, Rauch-
Kau- und Schnupf-Tabake.**
Papierhandlung.
Filial-Expedition der „Volkswacht“.
— Annahme von Inseraten und Drucksachen. —

Prima Sensen,
Sensen-Bäume, -Schoner, -Ambösschen,
-Hämmer und Streicher, Heugabeln und
Wiesenharken etc.
3411 empfiehlt

L. Schonder & Co. Nachflg.,
Heinr. Gees, Detmold.

Schuhwaren
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
Zigarren, Tabake nur beste Qualitäten
empfiehlt
Ferd. Linnemann, Detmold
Paulinenstrasse Nr. 65. 3406

Einen geehrten Publikum von Detmold und Umgegend
hatte meine
Bäckerei und Konditorei
bestens empfohlen.
Brot- und Backwaren werden auf Wunsch frei
ins Haus gebracht.
F. Stork, Söfienstrasse 22.

Reform-Nährsalz-Kaffee
per Pfund 45 Pfg. 3401
Gratisproben. Nur zu haben im
Reformgeschäft „zur Gesundheit“
Detmold. Fernsprecher 336.

Zonbild-Theater

Langestr. 63. Detmold. Langestr. 63.
**Erstklassiges Theater für singende,
sprechende, lebende Photographien.** 3410
Täglich von 5 bis 11 Uhr ununterbrochen Vorstellung.
Preise der Plätze 60, 40, 25 Pfg.
Billetts zu ermässigten Preisen im Vorverkauf bei
Herrn Eggen, Krummestrasse 4. : : : :

B. Kolscher's 3414
Sachschule für Tischler
und für gewerbliches Zeichnen
Güter-Straße zu Detmold Ede Grabenstr.
3- und 6monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In
3 Monaten: Ausbildung zum Werführer und Vorbereitung für die
Meisterprüfung. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und
Buchhalter. Schulgeld 25 Mark pro Monat. Kostenfreie Ab-
schlüssen. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die
Direktion. B. Kolscher.

Albert Stieve, Detmold

Lemgoerstrasse 2.
Hüte :: Mützen :: Schirme
Polzwaren
in reichhaltiger Auswahl.
Reparaturen prompt u. billig.
Reelle Bedienung. 3402
Krawatten :: Herrenwäsche :: Handschuhe.

Detmold und Umgebung.

Bringe mein reichhaltiges Lager in
Schuhwaren aller Art
in empfehlende Erinnerung. 3404
Stets Eingang von Neuheiten. Reparaturen sofort u. billig.
Tadellose Mass-Anfertigung.
Ferd. Hoffmann,
Krummestr. 28.

**Grösstes Fahrrad- und
Nähmaschinen-Spezial-Geschäft**
des Landes.

Feinste deutsche Marken
Adler und Wanderer
gegen monatliche Teilzahlungen bei
ganz minimaler Preiserhöhung. :.

B. Greive, Detmold
Langestrasse 49. 3413

Gustav Brokschmidt
Detmold, Bruchstrasse 12. 3415
Herren- und Knaben-Konfektion
wegen Umbau Ausverkauf zu
ausserordentlich billigen Preisen. :.
**Anfertigung nach Mass
in eigener Werkstatt.**

**Kinderwagen, Sportwagen,
Reisekörbe, Wasch- u. Armkörbe,
Markttaschen, Bürsten- und Holzwaren**
empfiehlt in nur soliden Qualitäten bei billigsten Preisen

A. Niehaus, Detmold,
Langenstrasse 11. Langenstrasse 11.
3403 Reparaturen gut und billig.

H. Kayser, Detmold
Inhaber Emil Kayser
Gegr. 1864 Bruchstr. 15 Gegr. 1864
Anfertigung feiner Herren-Kleidung
unter Garantie. 3405
Anzüge von 40 Mk. an. Fertige Garderobe.
Herren-Anzüge von 18 Mk. an. Knaben-Anzüge zu billigsten Preisen.

J. Kneifel, Detmold
Langestrasse 11.
Stets Neuheiten
in Schlipsen, Krawatten, Kragen,
Vorhemden, Hemden u. Strümpfen
in grösster Auswahl bei billigsten Preisen. 3412

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen
die Inserenten der „Volkswacht“.

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 144.

Bielefeld, Donnerstag, 24. Juni 1909.

20. Jahrg.

Parteinachrichten.

Die Arbeiter Europas und der Pazismus. Das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel behandelt die bevorstehende Besuchsreise des Baron in einem Schreiben an die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder:

In einigen Tagen wird Nikolaus II., der Kaiser aller Russen, eine Reise durch Europa antreten und sich namentlich nach Schweden, nach England, nach Frankreich und nach Italien begeben.

Die Klassenbewußten Arbeiter können diesen Besuch nicht einfach als eine alltägliche und gleichgültige Veranstaltung der offiziellen Diplomatie betrachten. Die kapitalistischen Regierungen erfüllen lediglich ihre Aufgabe, wenn sie den Feind der Arbeiterklasse und der Intelligenz von Rußland begrüßen, aber die Völker selbst können ihm nicht als einen willkommenen Gast ansehen. Besonders die Arbeiter haben die Pflicht, immer wieder und laut das zu sagen, was die überwältigende Mehrheit ihrer Mitbürger in den letzten Jahren nicht aufgehört hat zu wiederholen.

Bereits hat sich eine Stimme der Empörung erhoben, die des Genossen Branding, der im Namen der ganzen sozialdemokratischen Fraktion im schwedischen Reichstag gesprochen hat. Bereits haben in England die Abgeordneten und die Organe der Arbeiterpartei beschloffen, Protestkundgebungen zu veranstalten, und Will Thorne hat als Dolmetscher ihrer Empfindungen im Parlament von Westminster das Nötige gesagt.

Frankreich und Italien werden ebenfalls nicht schweigen können beim Einzug dessen, der das System der blutigen Reaktion verkörpert und dessen Regierung verhängnisvoll gewesen ist nicht nur für Rußland, sondern für die ganze moderne Zivilisation überhaupt. Hat der Pazismus nicht die Bauern, statt ihnen die Freiheit zu geben, dem Hunger überliefert? Hat er nicht, statt eine sparsame Politik zu treiben und den Staatsfinanzen eine gesunde Grundlage zu geben, das Land in Schulden geführt und im Meer der Inflation versenkt? Hat er nicht, statt die Blinden zu heilen und die Taubstummen zu erziehen, die Kultur nach Kräften zu fördern, eine geisttörende Kultur aufrecht erhalten und ohne Erbarmen die opferwilligsten Freunde der allgemeinen Volksbildung verfolgt? Hat er nicht, statt die Ordnung durch Gewährung der Freiheit herzustellen, die Arbeit der Arbeiter verunreinigt? Er hat sich dem Verband der wahrhaft russischen Leute" verdrückt, demselben Verband, dessen verdamniswürdige Tätigkeit in der Organisation der Pogrome und der politischen Morde besteht.

Und für diese schändliche Politik beschäftigt der Pazismus ein Heer von Spionen, das eine dauernde Staatseinstellung geworden ist. Die Agenten haben hier für alle, die sehen wollen, den Schleier gelüftet. Diese Geschichte hat ein Regime aufgedeckt, fittich verfaßt und wirtschaftlich bankrott.

Schließlich hat die kürzlich in der Duma eingebrachte Interpellation gezeigt, daß die Verhöre in den Kerkern unter Anwendung von Verdrehung des Lebens vor sich gehen, mit dem Zweck, falsche Angaben aus den Angeklagten zu pressen. Auf Befehl der höchsten Stellen hin werden man in den Gefängnissen gegen die Gefangenen Knüttel und Fesseln an, Mißhandlungen, die in vielen Fällen den Tod im Gefolge haben. Auf Befehl der Gefängnisdirektoren ziehen die Soldaten der Wache durch die Reihen auf die gefangenen Männer und Frauen, die sich nicht wehren können. Zur Stunde wüten Typhus und Fieber im größten Teile der Gefängnisse, weil diese den sanitären Anforderungen in keiner Weise entsprechen, weil die Nahrung schlecht oder nicht genügend vorhanden, weil eine viel zu große Anzahl von Menschen in sie hineingeworfen worden ist. Im Februar 1909 gab es dort 181 137 Gefangene, während der Platz noch nicht für die Hälfte ausreichte war. Geopferter Schwund und Kerkerverwaltung kann man hier beobachten, und die Gefangenen, die erst zu Folterkammern geworden, werden schließlich zum Grabe für die Gefangenen und zu Unsterblichkeit für die übrige Bevölkerung.

Will die zivilisierte Welt sich all dieser Greuel für mitschuldig erklären, indem sie den Repräsentanten dieses reaktionären Rußlands ohne klammern Protest seines Weges ziehen läßt? Die Zeit scheint uns gekommen, um gegen dieses Regiment zu kämpfen, welches den ganzen Westen bedroht.

ac. Aus der sozialistischen Frauenbewegung der Vereinigten Staaten. Eine Durchsicht der amerikanischen Parteipresse und der Frauenzeitschriften bringt uns zu der Ueberzeugung, daß unsere dortigen Genossinnen eine ungemein eifrige Tätigkeit entfalten. Im Nationalen „Frauen-Comité“ haben sie sich eine Zentrale geschaffen, welche die Agitation leitet, für Herausgabe und für Verbreitung von Literatur Sorge trägt. In allen Staaten werden Unterkomitees und in den einzelnen Städten Agitationskommissionen gebildet, welche die Propaganda unter der weiblichen Bevölkerung zu betreiben haben. Ueberall machen sich große Fortschritte bemerkbar, auch in den westlichen Staaten. So hielten vor einigen Wochen die sozialistischen Frauen Kaliforniens ihre erste Konferenz ab, auf der 14 Ortsgruppen vertreten waren. Auch gelang es den Genossinnen immer mehr, in die kommunalen Verwaltungskreise einzudringen. So sitzen z. B. in Milwaukee zwei Genossinnen im Schulrat; die eine davon ist die Frau des bekannten Genossen Berger, Redakteur des dortigen Parteiblattes.

ac. Warum sie nicht Sozialistinnen sind. Im „Chicago Daily Socialist“ veröffentlicht der Genosse Sheridan das Resultat einer recht interessanten Umfrage. Er legte 498 Frauen und Mädchen die Frage vor, warum sie nicht Sozialistinnen seien. Unter diesen befanden sich 18 Stübchenmädchen, 39 Stenographinnen, 123 Schauspielerinnen, 71 Fabrikarbeiterinnen, 24 Krankenschwestern, 22 Verkäuferinnen, 2 Ladenangestellte, 13 Gesellschaftsdamen, 72 Hausfrauen, 5 Ärztinnen und 64 von sonstigen Berufen und Berufslosen. Sie gaben die folgenden Gründe an, warum sie nicht Sozialistinnen seien: 11 sagten, sie hätten nie darüber nachgedacht; 26 sagten, ihre Religion gestalte es ihnen nicht; 175 erklärten, sie hätten wohl etwas darüber nachgedacht, aber nur oberflächlich, und wären auch nie darüber aufgewacht worden; 101 meinten, sie wüßten nicht, wie sie es anfangen sollten; 43 sagten, sie wären enttäuscht worden, weil man sie verlockte; 69 waren der Ansicht, daß alle Politik korrupt sei, und sie nichts damit zu schaffen haben wollten, und 67 erklärten, daß sie mit den Verhältnissen, so wie sie sind, ganz zufrieden wären.

Wenn man diese 67 auch ohne weiteres abgehen will, in der Annahme, daß sie doch nicht zu gewinnen seien, so bleiben doch noch Hunderte, die dem Sozialismus zugeführt werden können, sobald nur die Aufklärungsarbeit in richtiger Weise eingeht. Und so, wie in diesem einen Falle, dürfte es auch bei uns möglich sein, noch Tausende von Frauen dem Sozialismus zu gewinnen.

Soziales.

ss. Die Fortschritte der Invalidenhauspflege. Nach § 25 des Invalidenversicherungsgesetzes kann die Versicherungsanstalt einem Rentempfänger auf seinen Antrag an Stelle der Rente Aufnahme in ein Invalidenhaus oder eine ähnliche Anstalt auf Kosten der Versicherungsanstalt gewähren. Diese Bestimmung stand viele Jahre im Geheh, ohne daß sie überhaupt auch nur die geringste Beachtung fand. Das Reichsversicherungsamt gab in seinem Bericht für das Jahr 1903 noch nicht einmal die Zahl der in solche Anstalten aufgenommenen Rentempfänger an; es teilte nur mit, daß dieser Fiktionszweig „nach wie vor sehr langsam“ fortschreite. „Der Grund hierfür“, — sagt es jedoch — „liegt ausschließlich darin, daß die durch den Aufenthalt eines Pflegefalls in einem Invalidenhaus erwachsenden Kosten den Betrag der Rente ganz erheblich übersteigen.“ Das heißt also, die Versicherungsanstalten waren zu geizig, um die Invalidenhauspflege in größerem Umfange durchzuführen. Für das Jahr 1906 wurde berichtet, daß die Gesamtzahl der Untergebrachten 931 betrug. Für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches jedenfalls eine sehr geringe Zahl.

Nach einer solchen erschöpfenden Zusammenstellung des Reichsversicherungsamtes über die Gestaltung dieser Fiktionszweige im Jahr 1908 sollen nunmehr „größere Fortschritte“ erzielt worden sein. Es sind in diesem Jahre im ganzen 2339 Personen, und zwar 1698 Männer und 641 Frauen, in Invalidenheimen untergebracht worden. Die Zahl der Verpflegungstage betrug insgesamt 558 732, so daß jeder der Untergebrachten im Durchschnitt 238 Tage in der Anstalt sich befand. Der Gesamtaufwand der Invalidenhauspflege stellte sich im Jahre 1908 auf

rund 770 000 Mark. Es entfällt demnach auf jeden Verpflegungstag eines Untergebrachten nur der Betrag von 1,37 Mark. Eigene Invalidenhäuser besaßen im Jahre 1908 insgesamt 10 Versicherungsanstalten und zwar diejenigen für Berlin, Oberbayern, Schwaben, Thüringen, Braunschweig, Hansestädte, Ostpreußen, Unterfranken und die Pensionisten für die Preussischen und Hessischen Eisenbahnen. Von der Unterbringung von Rentempfängern in gemietete oder „von Dritten“ unterhaltene Häuser machten noch weitere 10 Versicherungsanstalten Gebrauch, so daß insgesamt bei 20 Versicherungseinrichtungen die Invalidenhauspflege durchgeführt wurde. Es sind somit immer noch 21 Versicherungsanstalten vorhanden, welche diesen Fiktionszweig überhaupt noch nicht in Anwendung gebracht haben. Bei den von „Dritten“ Personen unterhaltenen Invalidenhäusern, in welche Rentempfänger untergebracht wurden, handelte es sich um alle möglichen Arten von Anstalten, wie Siechen- und Kranenheime, Stifte, Spitäler, Anstalten für Altscholarer, Irrenanstalten usw. Von der oben angegebenen Gesamtaufwendung für die Invalidenhauspflege entfielen 204 000 Mk. auf eigene Anstalten, 21 000 Mk. für ein gemietetes Haus und 542 000 Mk. für fremde Anstalten. Der Gesamtaufwand für den Kopf und den Tag betrug in eigenen Invalidenhäusern 75 Pf. bis 9,59 Mk., dem gemieteten Hause 1,85 Mk. und in den von Dritten unterhaltenen Anstalten 0,60 bis 2,43 Mark.

ag. Weshalb stillen Arbeitermütter nicht? In der Hand des kürzlich erschienenen statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin stellt Dr. Alfons Fischer in der „Münchener Medizin. Wochenschrift“ Untersuchungen darüber an, aus welchen Gründen die Frauen, und namentlich die Arbeiterfrauen, ihre Kinder nicht stillen. Im allgemeinen steht fest, daß solches bei den Frauen der Reichen und des Mittelstandes zwar noch seltener als bei den Frauen der untersten Schichten vorkommt, aber die ersteren unterlassen das Stillen zum Teil aus Bequemlichkeitsgründen, denn die künstliche Ernährung des Säuglings bringt für sie bei Unterstützung durch Dienstmädchen keine nennenswerte Unbequemlichkeit mit sich, zum Teil, weil sie genügend Geld für eine gute, wenn auch teure Milch ausgeben können, und weil sie immer noch in dem Glauben leben, die Muttermilch ließe sich ersetzen. Ganz anders steht es bei den Müttern der unermittelten Schichten. Diese haben viel mehr Mühe und Arbeit, wenn sie den Säugling künstlich, als wenn sie ihn natürlich ernähren; die Stillung ist für sie auch viel billiger, als die Kleinkindernahrung des Säuglings, selbst wenn sie hierfür billige, minderwertige Surrogate benutzen. Und wenn trotz der Mühe und der Kosten, die die künstliche Ernährung verursacht, von den unermittelten Frauen, wie die Berliner Statistik zeigt, mehr als zwei Drittel nicht stillen, so kann im allgemeinen gar kein anderer Grund vorliegen, als die wirtschaftliche Not; diese äußert sich einmal darin, daß die Frauen infolge Entfremdung zu wenig Milch haben, dann aber auch darin, daß ihnen keine Zeit für den Säugling übrig bleibt, weil sie in und außer dem Hause zu viel Arbeit zu verrichten haben. Die wirtschaftliche Notlage wird man nicht mit einem Schläge beseitigen, nicht einmal wesentlich vermindern können; man schafft aber Ausnahmen, wie Gewährung von Stillprämien, von Hauspflege und vor allem von Wöchnerinnengeld, dann lindert man die schlechten ökonomischen Verhältnisse der jungen Mutter wenigstens in der kritischen Zeit des Wochenbettes. Sehr schöne Erfolge hat man an vielen Orten bereits durch Stillprämien erzielt, obgleich diese nur in wenigen Mark bestanden (der psychologische Anreiz der Prämie spielt hierbei allerdings eine große Rolle). Geradezu staunenswerte Resultate hat man in der Pariser „Mutualité maternelle“ gewonnen, einem Wohlfahrtsinstitut. Dieser Organisation gehören bereits 20 000 Frauen und Mädchen aus unermittelten Kreisen an, die einen jährlichen Beitrag von 3 Frank entrichten und hierfür nach erfolgter Niederkunft eine Summe von 48 Frank in wöchentlichen Teilzahlungen, dazu noch eine Prämie von 10 Frank, falls sie stillen, erhalten. Im Jahre 1907 haben von den der „Mutualité maternelle“ angehörenden, entbundenen Frauen 85 Prozent gestillt. Durch diese sich alljährlich wiederholende Erfahrung bei dem Pariser Institut ist der Beweis erbracht, daß die jungen Mütter der unteren Bevölkerung ihren Stillpflichten nachkommen, wenn ihnen während der Wochenbettzeit planmäßige Unterstüßungen (natürlich neben geeigneter Belehrung und Aufmunterungen) zuteil werden.

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreyer.

(Nachdruck verboten.)

XII.

Zwei Tage später, des Morgens, hatte sich Trolla gerade zum Aufstehen gerichtet, als ihm ein Herr gemeldet wurde, der ihn dringend zu sprechen wünsche.

Es war Artur, der Felix' Verblüffung gar nicht beachtete, ihm nur einen kräftigen Handdruck gab und sich dann mit den Worten in einen Sessel warf: „Ich bin erschossen.“

Er war in Zivil. In seinem hübschen, gebräunten Gesicht mit dem aufgewinkelten blonden Schnurrbart zeigten sich noch die Spuren der schlecht verlaufenen Nacht im Eisenbahnwagen. Vor einigen Stunden erst war er in Berlin eingetroffen, hatte sich im Hotel von der Heide gefärbt, den Koffer eingenommen, und war dann sofort hierher geeilt, um Trolla nicht zu verpassen.

Alles das erzählte er hastig, mit der Aufregung eines Menschen, der viel auf dem Herzen hat und der befürchtet, er könnte nicht rasch genug über die Einleitung hinwegkommen.

„Ich hätte dich am liebsten in deinem Bureau aufgesucht, aber hatte im Augenblick nur deine Wohnung im Kopf. Entschuldige, bitte, wenn ich dich hier so früh gestört habe.“

Damit erhob er sich wieder und ging durchs Zimmer, teilnahmslos gegen diese neue Umgebung, als hätte er erwartet, daß es hier nur so aussehen könne und nicht anders. Er war kleiner und schlanker als Felix, in dieser Stunde von nervös-hastigen Bewegungen, die für einen zerfahrenen Zustand sprachen.

„Aber was heißt entschuldigen, lieber Junge“, hielt Trolla ihm entgegen, „du kannst dir doch denken, wie willkommen du mir bist.“

„Wirklich? Na hör' mal. Beinahe möchte ich's beweisen.“ Er blieb stehen, strich über seinen Schnurrbart und bedachte Felix mit einem Blick, aus dem noch etwas anderes sprach als nur Ungläubigkeit. „Nach all den Geschichten, die du gemacht hast, ist es mir verzeihlich schwer geworden, dich hier anzufinden. Aber in der Not muß selbst ein Leutnant in die Hölle des Buharers gehen, um pater peccavi zu sagen.“

„Du wirst beleidigt.“

„Immer noch nicht das Schlimmste, was dir von uns begeben könnte. Ob hier oben nun die Hölle ist oder eine Treppe tiefer, das ist doch tout de même. Ich habe ja beim Vorübergehen den Namen dieses Ehrenmannes unten gelesen. Du hast seine Tochter zur Frau und wohnst in seinem Hause, das spricht ein ganzes Verstum. Aufklärung bist du uns schuldig geblieben, also haben die Trollas ein Recht, dich ziemlich gering-schätzend zu behandeln.“

„Brüder!“

„Ja Bruder! Daran möchte ich dich erinnern, daß du mein Bruder bist, wenn auch ein entarteter, der sich hier festgesetzt hat beim erwachten Gelächel, ohne daran gedacht zu haben, daß seinen Angehörigen das Wissen an der Kette sitzen könnte. Pure Verzeihung hat mich zu dir hergetrieben, weiter nichts.“

„Wie schon einmal, wenn auch nur brieflich“, gab Trolla zurück, der das Blut in seinen Wangen fühlte.

„Aberdings. Das geschah aber unter der Voraussetzung, daß du eines Tages mit diesem Schuft nicht gemeinschaftliche Sache machen würdest. Aber nein, gegen deinen eigenen Bruder.“

Hier, sieh her. Das Ende vom Liede, wie immer in solchen Fällen. Eine Angel, und dann das Leben mit Ehegefühlen beschloffen. Leichtsinns schließt vor Torheit nicht, aber er bewahrt der Familie einen anständigen Namen, wenn er durch dieses Mittel endet. Fieber mit Elak aus der Welt scheiden, als unter der Schlinge eines Halsabschneiders den bunten Rock anziehen zu müssen. Eines Verles, der abends noch ein sogenannter Verwandter ist. Pui Deibel.“

Er zog aus der Seitentasche des Winterpaleots, den er nicht abgelegt hatte, einen Revolver hervor und ließ ihn dann wieder verschwinden. Blicke arrete die Erregung in stummen Schmerz aus, der ihn völlig bewältigte. Er ließ sich wieder auf einen der Plüschkissen nieder, schlug die Hände vor das Gesicht, stützte die Ellbogen auf die Arme und blieb in dieser Verfassung sitzen.

Trolla sagte kein Wort. Er kannte diesen fürchterlichen Gedanken an den letzten Ausweg, der auch ihn in trüber Verzweiflungsstunde befallen hatte. Schweigend betrachtete er Artur vom Fenster aus. Was für ein Wiedersehen! Vier Jahre lang waren sie sich aus dem Auge gewesen, und nun, wo hergliche Freude sich ihnen gegenseitig offenbaren sollte, hatte Mißtrauen das Gemüt des einen vergiftet und ihm den Glauben an den eigenen Bruder geraubt.

Nein, nein, er wollte ihm nicht zürnen, er durfte es auch nicht. Alles, was Artur vorhin gesprochen hatte, war nur der Ausfluß eines schlimmen Verdachts, den er ihm nehmen mußte. Er trat von hinten auf ihn zu, beugte sich über seine Schulter, umhalschte ihn und sagte sanft: „Brüder, vertraue mir.“ Der Schuft ist allerdings hier im Hause, aber ich bin es nicht.“

Er ging zum Schreibtisch und holte die Ehrenmutter. Verpflichtung hervor, die Dantelberg ihm zurückgegeben hatte. „Hier, mein Junge — bevor man urteilt, soll man prüfen.“

Und während Artur mit gesteigerter Ueberrassungen las, fuhr Felix fort: „Um dir zu helfen, ich bin hängen geblieben, um das schöne Wort in eurem Sinne zu gebrauchen. Deine Notlage ist die treibende Kraft gewesen, die über meine brüderliche Hilfe hinweg mich hier festgehalten hat. Die Liebe zur Tochter war nur der äußere Zwang, die innere Ehrenhaftigkeit. Wenn ich Gleiches mit Gleichem vergelten wollte, so könnte ich mit vollem Rechte sagen, du allein habest mich auf dem Gewissen.“

Am Tage des Gerichts werden auch die Gerechten gemessen, und dann bin ich sicher, nicht ganz übergangen zu werden.“

Wenig wanderte er sich ab und blickte zur Straße hinaus. Als es hinter ihm still blieb, sprach er unverwandten Blickes weiter. Er erörterte sein Verhältnis zu Dantelberg, erzählte, wie er anfänglich keine Ahnung von dessen geschäftlichem Treiben gehabt habe, und wie er endlich dahinter gekommen sei.

Weide sprachen sich weiter aus. Es dauerte nicht lange, so hatte Felix erfahren, wie es mit dem Bruder stand.

Dantelberg hatte ihn vollständig in Händen und ihm gleich am Abend nach dem Abfall bei Felix mit Anzeige beim Obersten gedroht. Alles, was der Alte seinem Schwiegersohn über die Erledigung der Sache erzählt hatte, war Schwindel. Anfangs hatte Artur geglaubt, sich wirklich durch eine Heirat rangieren zu können, zweimal aber hatte er damit Pech gehabt. Das erste Mal trat die Braut zurück, weil ihre verwandtschaftliche Sippe zugunsten eines adeligen Betters die Verlobung durchkreuzt hatte, und das zweite Mal hatte Artur plötzlich seinen Geldsack an der Unselbstoren verloren. Es war zwar viel Geld vorhanden, aber gewisse dunkle Gerüchte über frühere garte Bande zu einem Operntenor, die ihm über die junge Dame zu Ohren kamen, machten ihn stuhig, und so schnappte er denn rechtzeitig ab.

Die Folge davon war eine maßlose Wut Dantelbergs, der sofort wieder mit seinen Drohungen kam. Mit Mühe nur hatte Artur ihn bewegen können, abermals ein Akzept zu nehmen. Das war um die Zeit, als Artur plötzlich wieder das alte militärische Streben in sich entdeckt hatte und die Absicht hegte, sich um die Aufnahme zur Kriegsakademie zu bewerben. Eigentümlich war die Anregung dazu schon von den Eltern der ersten „verlorenen Braut“ gegeben worden, und seit dieser Zeit hatte sich der Gedanke daran so sehr in ihm befestigt, daß er mit Ernst und Feuer seine Verwirklichung verfolgte.

Beliebt bei seinen höheren Vorgesetzten, hatten ihn dieselben noch besonders ermuntert, aus dem simplen Frontdienst hinaus zu höherem wissenschaftlichen Ausbildung überzugehen.

Seitdem er die leichtsinnigen Marotten längst aufgegeben hatte, geläutert durch die Erfahrung und durch die eindringlichen Bitten von Mutter und Schwester, hatte er sich sein großes Ziel vorgezeichnet, um dessen Erreichung ihm nicht ganz war.

In der Liste der Offiziere, die mit Genehmigung ihres Regimentalkommandeurs beim Generalkommando zur Prüfung angemeldet wurden, mußte auch eine Abschrift des Personalberichts beigelegt werden. Alles, was der Qualifikationsbericht enthalten mußte, traf auf ihn zu. Er war geistig befähigt, war mit dem praktischen Dienst vertraut, und war gesund genug, daß man von ihm annehmen konnte, er werde längere Zeit dem künftigen Dienst erhalten bleiben. Gegen seine Forderung war nichts einzuwenden, und auf seine Charakterfestigkeit für die Zukunft wollte er schon vertrauen. Nur über eines kann er nicht hinweg-

